Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 48,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 88,— M., für das übrige Ausland 116,— M.
Verl. u. Exped. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I. Tel. Moabit 2021.

Donnerstag, den 13. Juli 1922

5. Jahrg. Nummer 269

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 20,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 3,— M., jedes weitere Wort 2,— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.
Redaktion: Fernsprecher Mpl. 4167, 4391, u. 159 97
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Reichsregierung an die Reparationskommission

(WTB.) **Berlin**, 12. Juli.

Der Vorsitzende der Kriegslastenkommission hat heute der Reparationskommission in Paris folgende Note der Reichsregierung überreicht:

Die Deutsche Regierung hat bisher trotz schwerer wirtschaftlicher Bedenken, die sie bereits in der Note vom 28. Januar d. J. dargelegt hat, diejenigen Zahlungen bewirkt, die in den Entscheidungen der Reparationskommission vom 13. Januar und vom 21. März d. J. festgesetzt worden waren. Inzwischen haben sich die Währungsverhältnisse weiter stark zuungunsten Deutschlands verändert.

Im Mai 1921 war für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen ein Kurs von 60 Papiermark für den Dollar zugrunde zu legen, während der Kurs des Dollars im März 1922 auf 285 und am 7. Juli 1922 auf 500 Mark gestiegen ist. Geht man davon aus, daß von den Verpflichtungen nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 nach den damaligen Vereinbarungen ein Betrag von etwa zwei Milliarden Goldmark in Barleistungen gedeckt werden sollte, so hätte dieser Betrag, wenn es bei den damaligen Währungsverhältnissen verblieben wäre, eine innere Deckung von rund 28 Milliarden Papiermark erfordert. Zur Erfüllung der nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 auf 720 Millionen Goldmark ermäßigten Barleistungen **wäre nach den Währungsverhältnissen vom März 1922 bereits ein Betrag von 51,4 Milliarden Papiermark erforderlich gewesen**, der unter Berücksichtigung der jetzigen Währungsverhältnisse **nunmehr auf 80 Milliarden Papiermark gestiegen ist.** Zu dieser Summe treten die übrigen Devisenverpflichtungen des Reichs aus der Erfüllung des Vertrages von Versailles **mit insgesamt jährlich rund 600 Millionen Goldmark, d. h. 66 Milliarden Papiermark.**

Müßte die Deutsche Regierung unter diesen Umständen ausländische Zhlungsmittel für die ihr auf Grund des Vertrages von Versailles auferlegten Verbindlichkeiten weiterhin in einem Umfange beschaffen, der dem bisherigen sich nähert, **so würde die gegenwärtige Verminderung des Wertes der deutschen Papiermark rasch und unaufhaltsam fortschreiten und zu einer vollkommenen Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands führen.** Die Deutsche Regierung sieht sich deshalb **außer Stande**, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitere Leistung von Barzahlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 in Aussicht zu stellen. Die Deutsche Regierung stellt daher im Hinblick auf Artikel 234 des Vertrages von Versailles **den Antrag**, ihr die nach der genannten Entscheidung während des Kalenderjahres 1922

noch fällig werdenden Barzahlungen zu stunden.

Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so vermindert sich dieser um mindestens 17 Millionen Goldmark, welche Deutschland im Hinblick auf frühere Leistungen anzurechnen sind.

Die Deutsche Regierung bittet daher, über ihren Stundungsantrag mit größter Beschleunigung Entscheidung zu treffen, und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird.

Den Restbetrag von etwa 33 Millionen hat die Deutsche Regierung zwar zur Verfügung, weil sie in den vergangenen Monaten gewisse Ankäufe von Devisen hat bewirken können und weil im Monat Juli nach dem Stand der Abrechnung eine Zahlung für das Ausgleichsverfahren nicht zu bewirken ist. **Der genannte Betrag würde der Deutschen Regierung aber fehlen und sie müßte ihn sich zu den heutigen Kursen erneut beschaffen**, sobald sie die in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat. Die Deutsche Regierung muß auf diese Lage um so mehr hinweisen, als sie in den letzten Wochen zusammen mit der Reichsbank **bedeutende Mittel verwendet hat, um den Sturz der Mark aufzuhalten.** Unter diesen Umständen empfiehlt die Deutsche Regierung, **ihr den erwähnten Betrag zu belassen.**

Bei dem ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage

wird es für die Deutsche Regierung nur dann möglich sein, das Gleichgewicht in den sozialen Verhältnissen und in den Finanzen Deutschlands herzustellen, wenn sie die Unterstützung der Reparationskommission findet. Die Deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Markkurses alsbaldige Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinaus reichen, und sie hält es daher für unerläßlich,

daß Deutschland auch für die Jahre 1923 und 1924 von Barzahlungen aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 befreit wird.

Die von der Deutschen Regierung erbetene Entscheidung wird nur dann ihren Zweck erreichen, wenn darin auch die außerhalb der eigentlichen Reparationsverpflichtungen liegenden Lasten aus dem Vertrage von Versailles, soweit sie in fremden Zahlungsmitteln fällig werden, angemessene Berücksichtigung finden. Hierzu gehören insbesondere die Verpflichtungen der Deutschen Regierung, die ihr durch die Ausführung des Abschnittes 4 zu Teil 10 des Vertrages von Versailles erwachsen. Auch für die Durchführung der Vereinbarungen, die am 10. Juli 1921 hinsichtlich der deutschen Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren getroffen worden sind, gelten die gleichen Gründe, die es der Deutschen Regierung unmöglich machen, die aus der Entscheidung vom 21. März 1922 sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen auszuführen. Die Deutsche Regierung wird sich deshalb wegen einer anderweitigen Regelung dieser Ausgleichszahlungen an die beteiligten Regierungen wenden. Sie wird der Reparationskommission alsbald diesen Antrag mitteilen und sie bitten, auch ihrerseits den Antrag bei den betreffenden Regierungen zu unterstützen.

Die Entwicklung des Markkurses in der letzten Zeit, die mit der Vertagung der Verhandlungen des Anleihekomitees begonnen hat, macht eine alsbaldige vorläufige Regelung der Barzahlungen notwendig, da die Unterstützung durch eine äußere Anleihe nicht eingetreten ist.

Frankreich und Belgien bestehen auf Zahlung der Julirate

EP. Paris, 12. Juli. Der Temps schreibt, daß entgegen anders lautenden Berichten der belgische Delegierte Delacroix in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission mit dem französischen Delegierten Dubois darüber einig war, daß es nötig sei, von Deutschland die pünktliche Bezahlung der Julirate zu verlangen.

Zur Klärung der Situation

Nachdem in Berlin die bürgerliche Presse wieder erschienen ist, überstürzen sich die Meldungen über die Haltung der Parteien zum Schutzgesetz, zur Reichstagsauflösung und zur Regierungsumbildung. Die „Dena" will wissen, daß der Reichspräsident Ebert, der wieder zur Kur in Freudenstadt im Schwarzwald weilt, von einer Reichstagsauflösung abgeraten habe. Die „Vossische Zeitung" behauptet, daß die sozialistischen Parteien aus diesen politischen Erwägungen heraus von dem Gedanken der Reichstagsauflösung abgekommen seien. Die „Deutsche Zeitung" sagt wieder, die Sozialdemokraten hätten zwar beschlossen, die Koalition mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen, „doch zugleich auf die Unabhängigen zu verzichten". Es soll „alles beim alten bleiben". Ebenso wird über die Stellung der Sozialistischen Parteien zum Schutzgesetz, Amnestiegesetz und Reichskriminalgesetz von dem einen Blatt dies, von dem anderen jenes berichtet.

Die Situation ist natürlich durch die widersprechenden Pressemeldungen nicht geklärter geworden. Manche dieser Nachrichten sind zweifellos auch nur in die Oeffentlichkeit lanciert worden, um Verwirrung zu stiften. Deshalb begrüßen wir die nachstehende Meldung, die wesentlich zur Klärung der Situation beitragen dürfte:

„Die Vorstände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Parteien traten gestern nachmittag im Reichstag zu neuer Beratung zusammen, in der die gesamte politische Lage einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde. Angesichts der bisher unzureichenden Ausgestaltung der republikanischen Schutzgesetzgebung wurden starke Bedenken geltend gemacht, ob die Sozialdemokratischen Parteien in den Schlußabstimmungen für die vorliegenden Entwürfe würden stimmen können. Durch das Scheitern der Vorlage würde aber die Reichstagsauflösung unvermeidlich werden. Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde erklärt, daß ihre Partei niemals daran gedacht habe, ihre Forderung nach Schaffung einer entschiedenen republikanischen Mehrheit durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zurückzustellen. Diese Forderung bestehe unverändert fort."

Diese Meldung zeigt, daß die beiden sozialistischen Parteien und die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen durchaus nicht gewillt sind, die Dinge gehen zu lassen, sondern zu entschlossenem Handeln bereit sind.

Furchtbares Explosionsunglück

Zehn Tote — viele Verletzte

WTB. Boizenburg a. Elbe, 12. Juli. Heute vormittag hat sich auf dem Platz der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zweedorf b. Schwanheide ein furchtbares Explosionsunglück ereignet. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind 10 Tote zu beklagen. Eine größere Anzahl von Personen ist schwer verletzt.

Vom Reichsnotopfer zur Zwangsanleihe

Der Besitz und die Steuerhoheit der Republik

Die Beratung der Zwangsanleihe im Steuerausschuß des Reichstags ist abgeschlossen. Nach der Erledigung der aus der innerpolitischen Situation entstandenen Gesetze zum Schutze der Republik wird sie im Plenum des Reichstags beraten und beschlossen werden und noch im Juli Gesetzeskraft erhalten. Die Reichsfinanzverwaltung hofft, daß bereits Ende Juli die ersten Beträge auf die Zwangsanleihe gezeichnet und gezahlt werden. Ein neues Steuerexperiment — und jede steuerliche Maßnahme in Deutschland ist heute mehr oder weniger Experiment, solange wir keine exakten statistischen Unterlagen über das Vermögen und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und keine sicheren Maßstäbe zur Beurteilung der Psychologie des deutschen Besitzes haben — wird dann beginnen. Wir enthalten uns aller Spekulationen über das Gelingen des Experiments, zumal in der gegenwärtigen Situation. Wir sehen aber in der Tatsache, daß die Zwangsanleihe jetzt in das deutsche Steuersystem eingereiht worden ist, ein bedeutsames Symptom für das politische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis in Deutschland, und zwar aus den folgenden Betrachtungen heraus:

Die Finanztheorie rechnet die Zwangsanleihen nicht zu den Anleihen im eigentlichen Sinne des Wortes. Nach der Ansicht der Theorie tragen die Zwangsanleihen nur das Gewand einer Anleihe, der sie aber innerlich fremd sind. Sie erblickt in ihnen dem Wesen nach außerordentliche Vermögenssteuern, bei denen sich der Staat zur Rückzahlung der gezeichneten Beträge verpflichtet, außerordentliche Leistungen der besitzenden Klassen in Zeiten der Finanznot. Diese außerordentliche Vermögenssteuer unterscheidet sich aber von anderen Vermögenssteuern dadurch, daß der Steuerpflichtige für seine Leistung einen Gegenwert, einen Schuldtitel des Reiches erhält, den er versilbern oder verpfänden kann je nach dem Handelswert, so daß die effektive Leistung des einzelnen, das wirkliche Opfer, das er dem Staat bringt, nicht bestimmt wird durch das Gesetz, sondern durch die blinde Verkehrsgewalt der Preisbildung für die Schuldtitel des Reiches auf dem Markte. Eine Zwangsanleihe von gleicher Höhe wie eine Vermögensabgabe trifft demnach in jedem Falle den einzelnen weniger hart wie eine Vermögensabgabe, sie bringt für den Pflichtigen eine Möglichkeit, sein Opfer auf spekulativem Wege zu verringern.

Diese Eigenschaft der Zwangsanleihe hat es bewirkt, daß sich die besitzenden Kreise in Deutschland mit dem Gedanken einer Zwangsanleihe eher befreundet haben wie mit dem Gedanken einer Vermögensabgabe. Aus diesem Grunde verfochten Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei im Jahre 1919 den Gedanken einer Zwangsanleihe gegenüber dem Reichsfinanzminister Erzberger, der das Reichsnotopfer durchsetzen wollte und schließlich auch durchsetzte. Vor die Wahl gestellt: Vermögensabgabe oder Zwangsanleihe, sahen diese Parteien in der Zwangsanleihe das kleinere Uebel. Die historische Reminiszenz ist deshalb wertvoll, weil sich heute die Gegensätze von damals wiederholen, um auf einer weiteren Stufe der Entwicklung, und — rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Heute kämpft das Reichsfinanzministerium um die Zwangsanleihe gegen die offene Opposition der Deutschnationalen Volkspartei und gegen den schleichenden Widerstand der Deutschen Volkspartei. Heute ist für die Opposition des Besitzes die Zwangsanleihe nicht das kleinere Uebel gegenüber einer Vermögensabgabe, sondern das größere Uebel gegenüber Steuermaßnahmen, die die Massen treffen. Heute fühlt sich die Opposition des Gesetzes bereits so stark, daß sie von vornherein die Möglichkeit einer Vermögensabgabe im großen Stile für ausgeschlossen hält und die Möglichkeit sieht, gegen das anzukämpfen, was ihr 1919 als das kleinere Uebel war, nicht willkommen, aber annehmbar erschien. Für die bürgerlichen Parteien aber, die heute die Zwangsanleihe stützen, für die Parteien des Zentrums, gilt folgendes: sie haben 1919 das Reichsnotopfer gestützt, weil es weniger für sie bedeutete, als die großen wirtschaftspolitischen Pläne des Proletariats. Sie stützen heute die Zwangsanleihe, weil sie weniger an Opfer bedeutet als eine Vermögensabgabe von gleicher Höhe. Die Arbeiterparteien aber kämpften beim Reichsnotopfer 1919 in der zweiten Linie, heute bei der Zwangs-

anleihe in der dritten Linie. Das illustriert die Kräfteverteilung zwischen den Parteien.

Nicht weniger symptomatisch aber ist die Zwangsanleihe für das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in Deutschland. Der Grundgedanke jeder Steuerpolitik ist die Steuerhoheit des Staates gegenüber der Wirtschaft wie gegenüber allen Staatsbürgern. Sie schließt ein das Recht, von ihnen die für die Erhaltung des Staates und die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zu fordern und wenn nötig unter Anwendung staatlichen Zwanges ihre Entrichtung zu erzwingen. Die Zwangsanleihe aber ist trotz des Wortes „Zwang" in ihrem Namen ein Schritt ab von diesem Wege in der Richtung zu einem Zustand dahin, bei dem der Staat sich von seinen Bürgern seinen Geldbedarf nicht mit den Mitteln staatlichen Zwanges, sondern auf dem Wege freier wirtschaftlicher Transaktionen verschafft. Die Tatsache, daß der deutsche Staat jetzt diesen Weg betreten hat, zeigt zweierlei: einmal eine Schwächung der Staatsgewalt gegenüber der Wirtschaft, dann den Rückgang des Steuerwillens des deutschen Besitzes. In der deutschen Steuerpolitik tritt also die Tendenz zur Emanzipation der Wirtschaft vom Staat an dieser Stelle klar zutage. Denn es ist nicht nur die Tendenz zur Schonung des eigenen Besitzes gegenüber steuerlichen Eingriffen des Staates, die das Bürgertum den Weg zur Zwangsanleihe, und vielleicht darüber hinaus führt, sondern auch der Wille, immer stärker die Abhängigkeit des Staates vom Besitz, von denen, die die Milliarden haben, zu betonen. Die Steuerpolitik wird deshalb zum Kampf um den Staat mit sozialem Inhalt. Der Staat erweist sich als zu schwach, um mit den Mitteln staatlichen Zwanges die Milliarden aus der Wirtschaft herauszuholen, er muß auf die Gesetze der Wirtschaft eingehen. Damit haben wir nicht mehr die Notwendigkeiten des Staates, wie sie sich aus seiner außenpolitischen Situation ergeben, die Priorität vor den Notwendigkeiten der Wirtschaft, sondern umgekehrt. Das ist die tiefere Bedeutung des Steuerkompromisses vom 8. April 1922, das die Zwangsanleihe einschloß.

Das Abgehen von den Mitteln staatlichen Zwanges aber, das wir hier im allgemeinen festgestellt haben, zeigt sich vielleicht sinnfälliger noch bei den wesentlichen Einzelheiten des Zwangsanleihegesetzes, auf dessen Inhalt und seine Wandlungen im Verlaufe der Ausschußberatungen wir in einem weiteren Artikel eingehen werden.

Die Rathenau-Mörder entwischt?

Die Mitteilungen der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, wonach die beiden Mörder Rathenaus, Hermann Fischer und Erwin Kern, in der Gegend von Gardelegen umzingelt seien und ihre Verhaftung unmittelbar bevorstehe, scheinen sich **nicht zu bewahrheiten.** Vielmehr dürfte es den beiden gelungen sein, westwärts in der Richtung nach Genthin abzubiegen und sich ihren Verfolgern zu entziehen.

Bei den Fahndungen nach den beiden stieß die Polizei auf **wesentliche Schwierigkeiten.** So sind die herausgegebenen **amtlichen Bekanntmachungen** mit der genauen Beschreibung der Täter in verschiedenen Ortschaften jener Gegend trotz mehrmaliger Aufforderung bisher **noch nicht veröffentlicht** worden. Es stellte sich auch heraus, daß **die Polizei von der Bevölkerung absichtlich irregeleitet** worden war, indem man sie auf **eine falsche Spur** verwies und ihr sagte, die Mörder seien in der entgegengesetzten Richtung als jene, die sie tatsächlich genommen, auf ihren Rädern weitergefahren. Eine Reihe dieser falschen Zeugen wurde unter dem Verdacht der Begünstigung der Flucht verhaftet.

Die Verfolgten gehen sehr vorsichtig vor. An den Stellen, wo sie bekannt sind, sprechen sie unter ihrem eigenen Namen vor, an anderen, an die sie durch Bekannte weiter gewiesen werden, unter falschen. In Wismar kennt Kern die Familie des Kaufmanns Otto, mit dessen Sohn er im Krieg bekanntgeworden ist. Der Sohn war früher Leutnant zur See und ist jetzt Kaufmann. Kern hat die Familie früher wiederholt besucht und wußte deshalb auch, wo der Sohn schläft. Bei ihm klopfte er morgens um 4 Uhr ans Fenster und bat ihn um ein Unterkommen für sich und seinen Begleiter. Das Unterkommen wurde abgelehnt, dagegen wurde eine Flasche Wein mit einigen Brötchen gewährt. Um 6 Uhr sprachen die Flüchtigen in Neukloster bei dem Seminaristen Karl Bauer, einem früheren Kriegsfreiwilligen, vor, und bekamen auch hier noch etwas zu essen, weil sie noch Hunger hatten. Schon nach fünf Minuten gingen sie weiter nach Neu Kallies, wo Bauer sie an einen ihm bekannten früheren Oberleutnant zur See Wiese empfohlen hatte. Hier traten sie als Studenten aus Rostock auf. Der Oberleutnant wies sie in Lenzen an einen Oberpostsekretär a. D., dem sie sich als Rostocker Studenten Funke und Köster vorstellten. Der alte Herr, der öfter durchreisenden Studenten Gastfreundschaft gewährt, versagte diese auch ihnen nicht, als sie abends bei ihm eintraten und lud sie zum Abendbrot ein. Im Laufe der Unterhaltung erzählten sie, daß ihre Reise nicht lediglich eine Ferienreise sei, sondern daß sie als Angehörige weit rechtsstehender Kreise gezwungen seien, auf einige Zeit aus Mecklenburg zu verschwinden. Von dem Morde an Rathenau wurde den ganzen Abend nicht gesprochen. Gegen 10 Uhr abends fragten die vermeintlichen Studenten an, ob sie nicht auch die Nacht über bleiben könnten. Das ging aber dem alten Herrn doch zu weit. Er lehnte ab, und wies seine Gäste an den Gasthof zur Sonne.

Von denjenigen Personen, die ihnen bisher Obdach und Unterstützung gewährt haben, ist eine ganze Anzahl bereits festgenommen worden und sieht schwerer Bestrafung entgegen. Die Täter müssen dritte Personen zur Beschaffung von Lebensmitteln, an denen sie anscheinend Mangel leiden, in Anspruch nehmen, vielleicht auch über Wege befragen.

Die weiteste Oeffentlichkeit wird aufgerufen, die Behörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Landleute, Eisenbahner, Forstbeamte werden gebeten, auf die Flüchtigen zu achten und ihre Wahrnehmungen ungesäumt der nächsten Polizeistelle mitzuteilen oder die Flüchtigen selbst zu stellen. Eilige Angaben können auch telephonisch an die nächste erreichbare Polizeiverwaltung, die nächste Gendarmerie, an das nächste Forsthaus oder Amt Gardelegen Nr. 61 gegeben werden.

Von Berlin aus sind außer den bereits in das Fahndungsgebiet abgegegangenen Beamten 50 weitere Beamte in die in Betracht kommende Gegend entsandt worden. Sie sind mit Fahrrädern ausgerüstet und werden an Hand der Generalstabskarte alle Wege, auch die Feldwege abfahren und überwachen.

Sie werden wieder frech

In Stettin haben Vertreter der Rechtsparteien, wirtschaftlicher Verbände, Berufsvereinigungen und sonstiger auf dem „nationalen Boden" stehender Interessenvertretung eine Vaterländische Einheitsfront in Pommern gegründet, der sich zur Aufgabe stellt, die Rechte aller Gleichgesonnenen rücksichtslos zu vertreten. In einem von der Vaterländischen Einheitsfront erlassenen Aufruf ist viel von den Treibereien der Linksradikalen die Rede, nicht aber von den geheimen Mordorganisationen, zu deren Förderern die Leute der nationalen Einheitsfront gehören.

Schandtaten des Selbstschutzes

Wie die Roßbacher in Oberschlesien hausen

In Berlin halten sich augenblicklich eine Anzahl oberschlesischer Abgeordneter und Sachverständiger auf, die der „Dena" vollauf die zunächst unglaublich erscheinenden Meldungen über wüste Terrorakte oberschlesischer Selbschutzangehöriger bestätigen. Danach spielen sich in der Tat zurzeit in Oberschlesien Dinge ab, die man nicht anders als eine Kulturschande bezeichnen kann und die Staatsregierung zu sofortigem schärfsten Eingreifen veranlassen müßten. Aus den Mitteilungen der oberschlesischen Herren geht insbesondere unbestreitbar hervor, daß im deutschen Oberschlesien, so namentlich in Oppeln, aber auch in Gleiwitz, und an anderen Orten Frauen, die irgend welcher Beziehungen zu den interalliierten Truppen verdächtigt werden, Quälereien und Schändlichkeiten ausgesetzt werden, die an amerikanische Wildwest-Zustände erinnern. So sind auf dem Marktplatz in Oppeln mehrere Frauen und Mädchen nackt ausgezogen, kahlgeschoren, mit Drahtpeitschen blutig geschlagen und dann von den Banditen hoch in die Luft geworfen worden. Auch Kinder haben sich an diesen Quälereien beteiligt. Dabei hat man sich in allen Fällen an Frauen einfacher Stände vergriffen, die mit interalliierten Soldaten Verkehr gehabt haben sollen. Frauen, die zu Ententeoffizieren Beziehungen unterhielten, sind so gut wie gar nicht davon betroffen worden, da diese sich schon meist vorher in Sicherheit gebracht haben. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß diese skandalösen Zustände bereits in der ausländischen Presse ein sehr bedenkliches Echo gefunden haben. So veröffentlichten die Londoner „Times" vor etwa zwei Tagen bereits einen ausführlichen Bericht ihres Oppelner Korrespondenten, in dem Aussagen und eigene Bekundungen des Mr. Skibsey, eines Beamten der Interalliierten Kommission, und des polnischen Generalkonsuls Kensycki wiedergegeben wurden, die übereinstimmend aussagen, daß sie mit eigenen Augen die oben geschilderten Quälereien von Frauen mit angesehen haben. Mag man über die Moral solcher Frauen denken wie man will, diese Zustände schreien zum Himmel und müssen im Interesse des guten Namens der deutschen und preußischen Regierung auf der Stelle ihr Ende finden. Selbst die ungeheuerliche Tatsache wird bestätigt, daß eines dieser unglücklichen Mädchen gezwungen wurde, in eine Kanalisationsröhre zu kriechen, wo sie erstickte.

Zusammenbruch der Haussespekulation

Die Hausse am Devisen- und am Effektenmarkt ist zu Ende. Der Zusammbruch der Hausseaktion kommt rasch und gründlich. Die Motive der gewaltigen Steigerung am Devisenmarkt waren mannigfache. Die **Hauptursache** jedoch war eine panikartige Furcht vor entscheidenden Machtauseinandersetzungen in Deutschland. Da gärte in gewissen Kreisen der Wille, durch die **künstliche Entwertung** der Mark der Republik Schwierigkeiten zu machen. Der Steigerung der Devisen folgte nach einigem Zögern eine Steigerung der Effekten. Namhafte Effektenkäufe wurden getätigt und ermöglichten es den Emissionsgeschäften und Banken, bisher nicht untergebrachte Werte ins Publikum zu ziehen. Es handelt sich bei der ganzen Haussebewegung um eine Erscheinun am deutschen Markt, das Ausland folgte nur zögernd. Daß diese Haussestimmung nicht anhalten konnte, war vorauszusehen. Einmal ließ dies die außerpolitische Entwicklung schon im voraus klar erkennen, dann aber konnte man annehmen, daß es angesichts der Geldknappheit der Spekulation nicht möglich sein würde, die aufgenommenen Effekten länger zu halten. Auf dem Effektenmarkt ist in der Tat bereits vorgestern der Rückschlag erfolgt. Auf dem Devisenmarkt kam er gestern mit aller Schwere. Der Dollarkurs, der sich bereits bis zu 550 erhoben hatte, ging gestern bis auf 442 zurück. Gegen Ende der Börse schwirrten in der Stadt schon Gerüchte, die von einem Kurs von unter 400 sprachen.

Der Rückschlag auf dem Effektenmarkt trifft in erster Linie die Privatspekulation, während die Banken sich von den sitzengebliebenen Neu-Emissionen entlastet haben. Der Rückschlag auf dem Devisenmarkt aber trifft auch die große Spekulation. Er scheint noch nicht zu Ende zu sein. Nun wird in Berlin wieder das Angebot von Luxusautomobilen und Villen gewaltig anschwellen, da die hier gefallenen Spekulanten jetzt zur Deckung ihrer Verpflichtungen schreiten müssen.

Die Meinung eines Bankbeamten

Zu den von uns veröffentlichten Artikeln über die Markentwertung schreibt uns ein Bankbeamter, daß in diesen Artikeln nicht auf die Rolle hingewiesen worden sei, die die Reichsbank bei der Markentwertung spielt. Im einzelnen meint er:

„Bisher kam die Reichsbank den Kreditforderungen der Industrie in weitestem Maße nach. Die „Frankfurter Zeitung" führt die Vermehrung der Inflation um 11 Milliarden Mark am Quartalsende nur auf die Erfüllung der von Industrie und Banken verlangten Reichsbankkredite zurück. Auch die ausländischen unbefangenen Beurteiler unserer Finanz- und Wirtschaftslage sind der gleichen Ansicht.

Gefordert muß daher werden, daß die Reichsbank den Diskont wesentlich erhöht — die Bank von England hatte schon Diskont bis zu 12 Prozent, die Tschechische Staatsbank hatte den Diskont ebenfalls wesentlich heraufgesetzt, als dort die Valuta gehoben werden sollte. Der Reichsbankdiskont muß mindestens 12 Prozent betragen. In diesem Falle würden Industrie und Banken den Kredit wesentlich einschränken und damit würde die Notenpresse ganz gewaltig entlastet werden. Ferner sollte die Reichsbank den Umlauf von Schatzwechseln eindämmen, indem sie nicht jede Summe beleiht. Ferner darf die Reichsbank bis auf weiteres nur noch in außergewöhnlichen Fällen Kredite an Finanz und Industrie gewähren.

Selbstverständlich werden die Finanz und die Industrie eine Wirtschaftskatastrophe an die Wand malen, falls ihnen die Reichsbank Kredite verweigert. Die Reichsbank muß jedoch hart bleiben, besser eine Wirtschaftskrise als österreichische Zustände."

Ein Beschluß der Demokraten

Der Vorstand der Demokratischen Partei nahm gemeinsam mit der Demokratischen Reichstagsfraktion Stellung zu den politischen Fragen und faßte folgenden Beschluß:

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei besprach in seiner Sitzung vom 11. Juli die politische Lage. Er billigte, was die Demokratische Reichstagsfraktion im Zusammenwirken mit den anderen Koalitionsparteien bisher zum Schutze der Republik unternommen hat und gab der Erwartung Ausdruck, daß die nötigen Maßnahmen mit Entschlossenheit bis zu Ende durchgeführt werden. Er war in Bestätigung seines Beschlusses vom 26. Juni damit einverstanden, daß hierbei mit jeder Partei zusammengearbeitet werde, deren Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Republik feststeht.

Dieser Beschluß steht in einem gewissen Widerspruch zu jenem Briefe, den die Demokratische Reichstagsfraktion gemeinsam mit dem Zentrum an die Deutsche Volkspartei gerichtet hat. Während damals die Demokraten eine Erweiterung der Koalition nach rechts, das heißt durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, anstrebten, ist in dem nunmehr gefaßten Beschluß des Vorstandes und der Reichstagsfraktion nicht mehr ausschließlich von der Deutschen Volkspartei die Rede.

Weißmann und Killinger

Wie die „Dena" aus wohlinformierter Quelle erfährt, hat bei der Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages der Abg. Liebknecht folgende unwidersprochen gebliebene Behauptung aufgestellt: Der Staatskommissar Weißmann habe an den bekannten Killinger während er in Untersuchungshaft saß, die Summe von 300 000 Mark ausgezahlt für die Dienste, die Killinger bei der Organisation des oberschlesischen Selbstschutzes geleistet habe. Im Ausschuß rief diese Behauptung ungeheure Bestürzung hervor. Weder in der damaligen Sitzung des Ausschusses noch später hat irgend ein Vertreter der Parteien oder der Regierung Gelegenheit genommen, diese Behauptung als unrichtig zurückzuweisen. Wie die „Dena" weiter hört, hat bereits eine Sitzung des Preußischen Staatsministeriums sich mit dieser Frage beschäftigt.

Abbruch der Haager Konferenz

(EE.) Paris, 12. Juli. Einer Havasmeldung aus dem Haag zufolge, wurde die Konferenz abgebrochen. Die heutige Sitzung der Unterkommission für Privateigentum gab zu einem lebhaften Wortgefecht zwischen dem Präsidenten Philipp Lloyd Greame und Litwinow Anlaß. Lloyd Greame richtete an die Russen eine Reihe von Fragen, die in der gestrigen Geheimsitzung der nichtrussischen Mitglieder ausgearbeitet worden waren. Litwinow antwortete zunächst ausweichend, womit sich der Belgier Cattier nich einverstanden erklärte. Insbesondere über die Frage der Rechte der früheren Besitzer und der Rückgabe der sequestrierten Besitzungen zeigte Litwinow vollkommene Unnachgiebigkeit. Er erklärte, daß den früheren Besitzern gar keine Rechte zuständen. Der Grundsatz der Rückgabe des konfiszierten Privateigentums werde nicht anerkannt. Es wäre möglich, daß, um zu Privatabmachungen zu gelangen, einzelne Besitzungen zurückgegeben würden, je nachdem diese für die russische Regierung ein finanzielles oder soziales Interesse besitzen. Unter den nichtrussischen Mitgliedern herrscht vollkommene Einmütigkeit. Nach Schluß der Sitzung trat das Büro der Konferenz zu einer dringenden Beratung zusammen, um die Schwierigkeiten der Lage zu erörtern.

Die Julirate der Reparationen

(EP.) Paris, 12. Juli. Die Reparationskommission hat beschlossen, von der Julirate 17 892 602,30 Goldmark in Abrechnung zu bringen. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen: Zinsen aus dem Reservefond der Reparationskommission, Zahlungen der Luxemburgischen Regierung für Kohlenlieferungen und Zahlungen der amerikanischen Textilallianz für die Lieferung deutscher Farbstoffe vom 1. November 1921 bis 30. Juni 1922. Deutschland wird somit vom 15. Juli nur noch 32 107 397,70 Goldmark zu bezahlen haben.

Diese Reichswehr!

DA. London, 12. Juli. Die vielfachen Waffenfunde, die in letzter Zeit in Deutschland im Zusammenhang mit der Aufdeckung der monarchistischen Mörderorganisationen gemacht worden sind, haben auch die Entente-Militärkontroll-Kommission zu verstärkter Tätigkeit veranlaßt. Außer den großen Waffenfunden in Kiel sind noch mehrere andere Waffenfunde in den letzten Tagen von der Entente-Kontrollkommission gemacht worden. In einem Falle sind bei einem Offizier der Reichswehr, der als Dolmetscher und Verbindungsoffizier der Entente-Kontrollkommission zugeteilt war, Waffen entdeckt und beschlagnahmt worden. Man erwartet, daß die Kontrollkommission infolge dieser Vorgänge sich in einer neuen Note an das Reichswehrministerium wenden wird.

Oesterreichs finanzieller Zusammenbruch

EP. London, 12. Juli. „Westminster Gazette" schreibt: Die englische Regierung erwartet stündlich den finanziellen Zusammenbruch Oesterreichs. Die Regierung befürchtet außerdem, daß, wenn die deutsche Regierung alle Maßnahmen ergreift, um den Markkurs zu stabilisieren, das heißt, die Banknotenausgabe einstellt, und die Steuern erhöht, sie unvermeidlich gestürzt und an ihre Stelle eine autokratische Regierung treten werde.

Das Fazit des irischen Bürgerkriegs. Bei der Niederwerfung des republikanischen Aufstands in Dublin sind im ganzen 94 Personen getötet und 300 verletzt worden. Barton, einer der Unterzeichner des Vertrages von Downingstreet, der auf Befehl Michael Collins verhaftet worden ist, ist gestern mit 12 anderen politischen Gefangenen aus dem Gefängnis entflohen.

Zweite Lesung des Schutzgesetzes

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, dem 12. Juli 1922.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Eine Interpellation der Deutschen Volkspartei über Tumulte in Marburg am 4. Juli wird, wie ein Regierungsvertreter erklärte, in der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Das Gesetz zur **Regelung von Angelegenheiten der sozialen Versicherung und des Arbeitsrechts** bei Durchführung des Friedensvertrages wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Gesetzes zum Schutze der Republik

beginnt mit der Abstimmung über den gestern debattierten **§ 1**, der Mitglieder von Vereinigungen zur Tötung von republikanischen Regierungsmitgliedern bestraft. Er wird **einstimmig angenommen**, nachdem ein kommunistischer Abänderungsantrag abgelehnt worden ist. **§ 1a**, der die Mitglieder von **Geheimverbindungen** mit Zuchthaus bestrafen will, wird nach Ablehnung aller Abänderungsanträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen und eines Teiles der Deutschen Volkspartei angenommen. Annahme finden auch die Paragraphen, die die **Begünstiger oder Mitwisser solcher Vereine** oder Verbindungen zum Zweck der Tötung von republikanischen Regierungsmitgliedern betreffen. **§ 2** setzt die Bestrafung fest für Personen, die **gegen Regierungsmitglieder Gewalttaten begehen, die getötete Regierungsmitglieder öffentlich beschimpfen oder verleumden, die Gewalttaten verherrlichen, belohnen oder begünstigen**, die an staatsfeindlichen Verbindungen teilnehmen oder sie durch Geld unterstützen, die Waffen besitzen oder das Vorhandensein von Waffen verheimlichen. Zu diesem Paragraphen begründet

Abg. **Koenen** (KPD.) einen Antrag seiner Fraktion, durch den eine Anwendung dieses Paragraphen auch nach links ausgeschlossen werden soll. Der Ausdruck „staatsfeindlich" muß ersetzt werden durch „monarchistisch-militaristisch". Durch den Antrag könnten auch bei Arbeitern Waffensuchungen vorgenommen werden. Es muß klipp und klar gesagt werden, daß sich der Paragraph gegen rechts wendet.

Abg. **Levi** (USP.):

Unser Bestreben ist, die Bestimmungen des § 2 so eng wie möglich zu begrenzen, unmöglich zu machen, daß andere Personen als die monarchistischen durch sie getroffen werden. Ich muß der Auffassung Koenens entgegentreten.

Die Entwaffnung der Arbeiterschaft ist beinahe restlos durchgeführt. Rechts starrt es noch von Waffen.

Wir müssen ein Gesetz schaffen, das die Rechte entwaffnet. In der Entwaffnung der Linken haben die Beamten ihre Schuldigkeit getan.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, ebenso der Antrag der beiden sozialistischen Parteien, der die Bestrafung der Personen fordert, die auf Errichtung der Monarchie im Reich oder den Ländern gerichtete Bestrebungen öffentlich in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu fördern unternehmen oder die früheren Reichsfarben in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zur Schau tragen oder stellen."

Gegen die Stimmen der Arbeiterparteien findet ein Antrag des Zentrums und der Demokraten Annahme, der Verwandte auf- oder absteigendere Linie, Geschwister, Ehegatten, Geistliche, Rechtsanwälte oder Aerzte, sofern ihnen derlei Mitteilungen bei Ausübung ihres Berufs unterbreitet worden sind, von der Anzeigepflicht ausnimmt.

Gegen die Stimmen der Sozialisten wird der Antrag des Zentrums und der Demokraten angenommen, der nur die Personen bestraft wissen will, die an geheimen oder staatsfeindlichen Verbindungen teilnehmen, die den Zweck haben, die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reichs zu untergraben, oder solche Vereinigungen mit Geld unterstützt. Kleinere Abänderungsanträge der Deutschen Volkspartei werden angenommen. Bei der Abstimmung stimmen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Unabhängige und Kommunisten gegen den § 2. Da das Ergebnis zweifelhaft ist, wird die Auszählung vorgenommen. Dabei ergibt sich, daß jetzt die Deutsche Volkspartei für den Paragraphen stimmt. Er wird mit 282 gegen 147 Stimmen angenommen.

Der **§ 2a**, der die Bestrafung von Personen bestimmt, die öffentlich die verfassungsmäßige republikanische Staatsform herabwürdigen, indem sie Mitglieder der republikanischen Regierungen oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpfen, findet gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei Annahme. Der Antrag der beiden sozialistischen Parteien, das Wort „verfassungsmäßige" zu streichen, wird abgelehnt.

Der **§ 3** findet Annahme, nach dem neben Verurteilungen wegen Hochverrats oder Verbrechens gegen den § 1 auf Geldstrafe erkannt wird und dem Verurteilten der Aufenthalt an bestimmten Orten des Reichs oder, falls er Ausländer ist, auf Ausweisung bestimmt werden kann. Ebenso angenommen wird der **§ 4**, der bei Verurteilungen den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Rechte und bei Beamten und Militärpersonen den Verlust des Gehalts bzw. Ruhegehalts und evtl. den Verlust von bekleideten öffentlichen Aemtern festgesetzt.

Nach dem angenommenen **§ 4a** können Deutsche und Ausländer wegen der bezeichneten Taten auch dann verfolgt werden, wenn sie im Auslande begangen sind.

Beim **§ 5**, der über den Staatsgerichtshof entscheidet, entspinnt sich eine längere Debatte.

Abg. **Emminger** (B. Vp.) wendet sich gegen den Staatsgerichtshof.

Abg. **Hamm** (Dem.): Durch diesen Paragraphen wird das Recht auf Oberhoheit der Länder, das die Verfassung ihnen gegeben hat, beträchtlich geschmälert. Unsere Aufgabe ist es, der Vergiftung der Atmosphäre entgegenzuarbeiten. Der Staatsgerichtshof soll aus drei Reichsgerichtsräten und sechs Laien zusammengesetzt sein. Im Ausschuß haben glücklicherweise viele bayerische Anträge Annahme gefunden. Wir schließen uns dem Antrag der Deutschen Volkspartei an, der statt des Gerichtshofes einen Senat beim Reichsgericht verlangt. Der Ausschuß hat durch seine Beschlüsse dem Reichsgericht ein Mißtrauensvotum ausgestellt. Die Linksparteien machen Bayern alle möglichen Schwierigkeiten. Den Wünschen der bayerischen Regierung und des bayerischen Volkes ist der Ausschuß nicht genügend nachgekommen.

Justizminister **Radbruch**: Der Abg. Hamm hat dargelegt, wie weit der Ausschuß den Wünschen Bayerns entgegengekommen ist. (Zuruf links: Und was sagen die Arbeiter dazu?!) Die Ausführungen des Abg. Hamm haben wesentlich zur Entspannung zwischen Bayern und dem Reich beigetragen. (Widerspruch links.) Ich möchte aus dieser Rede für uns den Schluß ziehen: **Wir haben schon so viel für euch getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.** (Zuruf links: Mit diesen Worten schneiden Sie sich ins eigene Fleisch. — Zustimmung links.) Es muß sich eine Brücke über diesen kleinen Abgrund noch finden. Ich bitte das Haus, bei der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs entweder zur Regierungsvorlage zurückzukehren: also drei Reichsgerichtsräte und vier Laien oder den Antrag: drei Reichsgerichtsräte und sechs Laien, anzunehmen. Der Antrag der beiden sozialistischen Parteien: einen Reichsgerichtsrat und sechs Laien ist **unannehmbar**, da sich für den einen Richter die Arbeit zu sehr häufen würde.

Abg. **Rosenfeld** (USP.):

Meine Freunde legen auf die Gestaltung des Staatsgerichtshofs das größte Gewicht. Das deutsche Volk muß zu ihm Vertrauen haben können. **Wenn die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs nicht nach unseren Wünschen geschieht, dann ist für uns die Zustimmung zu diesem Gesetz äußerst schwer.** (Sehr wahr! links.) Die Arbeiterschaft hat in ihren Mindestforderungen verlangt, daß der Staatsgerichtshof nur aus einem Richter und sechs Laien zusammengesetzt sein darf. Die Ausführungen des Ministers, daß für einen Richter die Arbeit zu groß wäre, können uns nicht überzeugen. Die Laien-Mitglieder des Gerichtshofs werden sich in hohem Maße an dieser Arbeit beteiligen. (Sehr wahr! links.) Hamm hat dem Antrag des Herrn Kahl, zur Aburteilung der in diesem Gesetz bezeichneten Handlungen anstatt des Staatsgerichtshofes einen besonderen Senat beim Reichsgericht einzusetzen, zugestimmt. Ich habe mich nur gewundert, daß er diesen Senat statt in Leipzig nicht in Miesbach haben wollte. (Sehr gut! links.) Herr Hamm hat seine Zugehörigkeit zur demokratischen Partei ganz vergessen, der Bayer ist mit ihm durchgegangen. Es ist wahr, durch die Ausschußberatung ist

dem Reichsgericht in der Tat ein Mißtrauensvotum ausgesprochen

worden. Die Regierung hat bei der Fassung ihrer Vorlage Rücksicht nehmen müssen auf das vorhandene Mißtrauen gegen das Reichsgericht im deutschen Volk. Wir können die Republik nicht durch Monarchisten schützen lassen, damit würden wir uns geradezu lächerlich machen.

Wir verlangen Republikaner in den Staatsgerichtshof.

Der Antrag, der die Auswahl der Reichsgerichtsräte durch den Reichspräsidenten an die Vorschläge des Reichsgerichtspräsidenten binden will, ist für uns unannehmbar, ebenso wie die Auswahl der Laien nicht von der Zustimmung des Reichsrats abhängig gemacht werden darf. Der Widerspruch Bayerns gegen dieses Gesetz kommt daher, daß

Bayern sich bis jetzt jedem Fortschritt entgegengestellt

hat. Wir haben nichts gegen Bayern, sondern nur gegen die bayerischen Kreise, die nicht aufräumen mit den dort Zuflucht suchenden Mörderbanden.

Wir beantragen, daß der öffentliche Ankläger nicht der Oberreichsanwalt, sondern ein vom Justizminister zu ernennender Kommissar ist. Das Verhalten des Oberreichsanwalts bei der

Verfolgung oder besser Nichtverfolgung der Kappisten

ist wahrlich nicht geeignet, Vertrauen im deutschen Volke zu erwecken. In den letzten Tagen ist in Bayern folgender Vorfall geschehen: Bei den Verfolgungen der Rathenau-Mörder durch die Reichsbehörden erschien es notwendig, den Reichsanwalt nach München zu schicken und ihn zur Durchführung seiner Ermittlungen einen besonderen Stab von Berliner Beamten mitzugeben. Als die Beamten sich in München bei dem dort schon früher eingetroffenen Reichsanwalt meldeten, erklärte ihm dieser, **sie sollten lieber nach Berlin zurückkehren, er wolle die Ermittlungen lieber mit bayerischen Beamten durchführen.** (Stürmisches Hört! Hört! links). Ich frage den Reichsjustizminister, was er gegen dieses Versagen des Reichsanwalts zu tun gedenkt. Die ganze Richtung der Unterdrückungspolitik der bayerischen Regierung kommt am klarsten zum Ausdruck in der Behandlung der politischen Gefangenen. Hamm hat dafür gesorgt. Hamm muß dafür sorgen, daß die bayerische Regierung sich einordnet und unterordnet der deutschen Republik. Dann hätte er etwas zum Schutze der Republik getan. Wir aber wollen selbst dafür sorgen, daß dieses Gesetz einen wirklichen Schutz der Republik bildet. (Beifall bei den USP.).

Justizminister **Radbruch**: Der Vorgang in München ist eine Tatsache. In dem Befehl zur Abfahrt der Berliner Beamten und ihrer Rückfahrt liegt nicht ein Widerstand der politischen Polizei. Der Reichsanwalt war mit vollem Bewußtsein von mir zu dieser Mission ausgewählt, er hat sich selbst in den Kommunistenprozessen das Vertrauen der Verteidiger erworben. Ueber die Münchener Vorgänge kann ich, um den Zweck der Untersuchung nicht zu gefährden, nicht Auskunft geben.

Nachdem die verschiedenen Fraktionen ihre Anträge begründen lassen, führt der Abg. **Barth** (Dtn.) aus: Die Beschlüsse des Ausschusses und die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers sind eine Brüskierung Bayerns. Der Kanzler hat sich mit seiner Rede auf das Bierbank-Niveau herabgelassen. (Entrüstung.) Er erklärte, daß, wenn man in Bayern die Bierlokale schon um 9 Uhr schließen würde, das schlimmere Folgen als eine Ausnahmeverordnung haben würde. Und so was ist der erste Vertreter des deutschen Reiches! (Tumult.)

In der Abstimmung über den § 5 wird der Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, öffentlicher Ankläger ist ein vom Reichsjustizminister zu ernennender Kommissar, abgelehnt. Angenommen wird ihr Antrag, daß Entscheidungen innerhalb der Hauptverhandlung ergehen in der Besetzung von 3 Mitgliedern, von denen mindestens einer dem Reichsgericht nicht angehört. Die kommunistischen Abänderungsanträge werden abgelehnt, ebenso der deutschvolksparteiliche Antrag auf Errichtung eines Senats beim Reichsgericht. Für die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes in der Ausschußfassung: 2 Reichsgerichtsräte und 5 Laien stimmen nur die Arbeiterparteien. Er wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag, nach dem der Staatsgerichtshof aus neun Mitgliedern, drei Reichsgerichtsräten und sechs Laien, zusammengesetzt ist. Der § 5 wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

§ 6, der die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs bestimmt, wird nach Ablehnung der kommunistischen Abänderungsanträge gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen.

Bei **§ 7**, der bestimmte Vereine, Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen verbietet, bringt der Abg. Semler (Dtn.) verschiedene Fälle von angeblichen Ermordungen rechtsstehendere Prönlichkeiten vor, für die er das Wort des Kanzlers: Der Feind steht rechts! verantwortlich macht.

Minister des Innern **Köster**: Durch den Willen der Mehrheit des Hauses hat der Reichsminister des Innern kein Recht, von sich aus Zeitungen oder Versammlungen zu verbieten, sondern diese Macht liegt bei den Ländern. Die Parteien, die unbedingt die Oberhoheit der Länder gewahrt wissen wollten, dürfen uns nicht für irgend welche Vorkommnisse in den Ländern verantwortlich machen. Soll die Reichsregierung verantwortlich gemacht werden, dann müssen Sie die Anträge annehmen, die dem Reichsminister des Innern das Recht zu Versammlungs- und Zeitungsverboten geben.

Abg. **Levi** (USP.):

Solange die Deutschnationalen für die Züchtung der Mordluft verantwortlich sind, müssen sie verfolgt werden. Es ist nicht wahr, daß aus den Reihen der kommunistischen Partei Mörder geschützt werden, daß die kommunistische Partei die Mordluft züchtet, daß dort Mörderklubs sind. Wir müssen darum auf das Entschiedenste Einspruch dagegen erheben, daß dieses Gesetz gegen links angewendet wird. Wir beantragen, Versammlungen, in denen Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz vorkommen, aufzulösen.

In der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt, durch eine redaktionelle Aenderung wird ein neuer § 7a geschaffen. Der § 7 wird gegen die Stimmen der Bayerischen und Deutschen Volkspartei angenommen.

(Wegen Redaktionsschluß mußten wir den noch ausstehenden Bericht bis morgen zurückstellen.)

Randbemerkungen zum Buchdruckerstreik

Das Verhalten der eben so engstirnigen wie formaljuristischen Einstellung der Unternehmer im Buchdruckergewerbe haben wir hier verschiedentlich veranschaulicht und an den Pranger gestellt. Weil die Buchdrucker sich nicht an den Buchstaben des Tarifs hielten — Unternehmer tun dies bekanntlich niemals, sondern sind immer vertragstreu! — deshalb ihre Sabotage bei den gepflogenen Unterhandlungen. Jedenfalls erreichten es die Diktatoren des Zeitungskapitals, daß der Streik vier Tage länger anhielt, als es schlechterdings notwendig gewesen wäre.

Nichtsdestoweniger halten wir die ganze Taktik der Buchdrucker, die in diesem Kampfe zum Ausdruck kam, für verfehlt. Insbesondere, weil dieser Kampf zeitlich zusammenfiel mit dem Rathenau-Mord, der eine politische Situation schuf, wie nie zuvor. In diesem Moment die Presse zum Stillstand zu bringen und nach vieler Mühe die Arbeiterpresse wenigstens frei zu geben, war zu diesem Zeitpunkt ein Beginnen, das die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft nicht förderte.

Der „Vorwärts", Nr. 325, erklärt ebenfalls, daß „durch einen allgemeinen Solidaritätsstreik" eine völlige Verkennung der Auswirkungen eines wirtschaftlichen Kampfes in Erscheinung trat. Und weiter heißt es:

„Die Buchdrucker glaubten, daß ein allgemeiner Solidaritätsstreik in einer schwierigen politischen Lage des Reiches, da die Zeitungen geradezu unentbehrlich waren, daß ein Bestreiken der Reichsdruckerei in einem Moment bedenklichster Geldknappheit den Druck der Republik auf die reaktionären Unternehmer, die nicht bewilligen wollten, verstärken müsse. Die Buchdrucker wollten die Kraft, die die Republik eben aufwandte, um die Reaktion zu bekämpfen, zum Mittel ihres gewerkschaftlichen Krieges machen.

Hier war im Buchdruckerstreik der Punkt, wo sich die angerufenen Kräfte naturnotwendigerweise gegen die Buchdrucker selbst wenden mußten. Es ist nicht verstehbar, daß eine Arbeiterschicht, und seien es auch die Berliner Buchdrucker, das notwendige Erscheinen des „Textilarbeiter", der 600 000 Gewerkschaftler über ihren eben begonnenen Lohnkampf zu unterrichten hat, zum Druckmittel der eigenen Lohnbewegung machen. Es ist nicht verstehbar, daß politische Arbeiterparteien, die im schärfsten Kampfe gegen die Reaktion stehen, daß eine republikanische Regierung, die ein umfassendes Gesetzgebungswerk zum Schutze der Weimarer Verfassung ausbaut, in diesem Moment ihrer Presse beraubt werden. Es ist auch unmöglich, daß die gesamte deutsche Finanzwirtschaft durch ein Bestreiken der Reichsdruckerei, daß die Durchführung der republikanischen Schutzgesetzgebung durch die Stillegung des „Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers" gelähmt wird. **Hier versagte die politische Erkenntnis der Berliner Buchdrucker.** Und so mußte neben der Sympathie, die jedermann für die materiellen Forderungen der Buchdrucker hatte, mit zunehmendem Maße der Unwille über die **politische Einsichtslosigkeit** der Berliner Buchdrucker sich steigern.

Von alledem bleibt die Lehre: In Zukunft muß wieder der alte Grundsatz der Arbeiterbewegung gelten, daß der einzelne nur ein Teil des Ganzen ist. Das Ganze wird es aber nie ertragen können, daß es von dem Einzelglied ungefragt und ohne Berücksichtigung der Gesamtinteressen einfach zu seinen Zwecken gebraucht wird."

Wir können uns dieser Stellungnahme nur anschließen und werden auch Gelegenheit nehmen, auf diese Dinge zurückzukommen.

Stärkt die Organisation

Im Kampf gegen die monarchistischen Mörderbanden und um die Erhaltung der Republik ist es doppelt notwendig, daß sich jeder Mann und jede Frau der politischen Organisation anschließt. Nicht nur mit Worten und schönen Redensarten kann man heute etwas erreichen, sondern man muß sich auch betätigen und Mitkämpfer werden. Darum erkennt das Gebot der Stunde. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen bilden wir eine unüberwindliche Macht! Werdet ganze Männer und ganze Frauen. Rüttelt die Lauen und abseits Stehenden auf. Erkennt die Zeit. Schließt Euch uns an, tretet ein in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vor- und Zuname: .....

Beruf: .....

Geboren: ..... Geburtsort: .....

Wohnort und Wohnung: .....
(Genau ausfüllen)

Das Eintrittsgeld beträgt 2 Mk., der monatliche Beitrag für Männer 15 Mk., für Frauen 5 Mk.

Wir bitten vorstehende Beitrittserklärung deutlich ausgefüllt mit Eintrittsgeld und Monatsbeitrag zu senden an Richard Herbst, Berlin C. 2, Breite Str. 8/9.

USPD., Bezirksverband Berlin-Brandenburg,
Berlin C. 2, Breite Straße 8/9

Wegen Räumung

meines Lagers verkaufe ich **zu spottbilligen Preisen**
braune Damenhalbschuhe
in allen Größen

Schuhfabrik

Weinberger,
Brunnenstr. 25.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr
Robert u. Bertram

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Madame Flir

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße
7½ Uhr:
Die erste Geige

Rotter - Bühnen
Täglich 8 Uhr:

Residenz-Theater
Eine Frau
ohne Bedeutung

Staats-Theater
Schauspielhaus 7½ Uhr
Operettengas spiel
Die beiden Nachtigallen

7½ **Trianon-Theater**
Moral
v. Ludw. Thoma

Deutsches Theater
7½ Uhr:
Pottasch und Perlmutter

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr
Verliebte Leute

Kammerspiele
8 Uhr
Gastspiel Hugo Thimig vom Wiener Burgtheater
Der Raub d. Sabinerinnen

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
5 Uhr: Konzert
7½ Uhr: Dorne Rosi

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Die Maschinenstürmer

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7/9
Täglich 7½ Uhr
Heute Donnerstag
Großer Volkstag
Konzert, Theater, Spezialitäten
Die Prinzessin vom Nil
Op. in 3 Akten. Beginn 5 Uhr

Walhalla - Theater
7½ Uhr
Er und seine Schwester

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Theater a. Kottb. Tor
Moritzpl. 16077
Allabdl 7½
Elite-Sänger
15. bis 31. Juli
Gastspiel Freyer
Leipziger Sänger

Komödienhaus
Tgl. 8 U. **„Gretchen"**
Glässner, Roberts

Tüchtige branchekundige
Verkäuferinnen
für
Kleiderstoffe
Damenkonfektion
Leinen- und Baumwollwaren
Blumen u. Federn
Herrenartikel
Herrenhüte
sofort gesucht.
Meldungen 1—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Bilanz der Genossenschaft „Frei-Land" per 31. Dezember 1921

Mark Aktiva		Passiva	Mark
Kasse	4 919.98	Geschäftsanteil	111 789.96
Bank	19 056 58	Hausanteil	504 309.49
Effekten	1 937.50	Reservefonds	2 960 —
Bauten	1 573 300.—	Stiftungsfond	83.75
Parzellen	317 418.—	Darlehen	
Inventar	10 491.—	Bezrg. Frkfrt. I	466 743.—
Waren	17 930 30	Bezrg. Frkf t. II	80 00 .—
Beteiligungen		Erwerbsls. Fürsorge I	70 000.—
Mebbe ger-Siedlgsges.	1 500.—	Erwerbsls. Fürsorge II	300 0 0.—
Bau-Betr ebs-Ges. I	140 000.—	Genossen	15 200 —
Bau-Betriebs-Ges. II	15 200.—	Frau Bandke	500.—
Genossen-Konto	85 4 9.17	Creditoren (Gläubiger)	714 251 70
Debitor n (Schulden)	35 148.38		
Verlust 1921	9 789 98		
	2 321 130.89		2 321 130 89

Der Mitgliederbestand war am 1. 1. 1921 275. Ausgetreten 42. Bestand am schlusse des Jahres 253.

Die Geschäftsanteile haben sich im Laufe des Jahres um 9 896.55 Mk. erhöht. Die Hausanteile haben sich im Laufe des Jahres um 25 083 65 Mk erhöht. Die Gesamthaftsumme der Mitglieder betrug am 31. 12. 1921 225 570 90 Mark.

Müncheberg, 31. Dezember 1921.

Gemeinnütziger Obstbau- u. Heimstättenverein „Frei-Land"
Eing. Gens. m. b. H., Müncheberg i. M.

Der Vorstand.
H. Grössler A. Müller H. Blohm.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.

Die Fortsetzung der

General-Versammlung

findet am Montag den 17. Juli 1922, abends 6 Uhr im Großen Saal des Gewerkschaftshauses, Berlin SO.16, Engel-Ufer 15, statt.

Der Aufsichtsrat:
I. V. I. A. Oskar Witzke.

Nachruf.
10. Abteilung, Gruppe 813
Durch Freitod ist unser Genosse
Fritz Welkert
aus dem Leben geschieden.
Die Beerdigung fand am Dienstag statt.
Wir wollen seiner in Ehren gedenken

Sämtliche
Metalle
kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken
Schulzendorferstr. 2.

Rauchtabak
Pfund 18 Mk.
Holländer . 20 M.
Schw. Krausen 22 M.
Portorike . 23 M.
Gold Shag . 27 M.
Westoli 50, Saba, J no, Moslem, Salem, Pteo. Bülowstr. 94, I.
Bund Gr. Hamburger Str. 1

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältlich
ist der echte Nordhäuser Kautabak nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist. Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Brln., Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3861)

Tüchtige
Einrichter
für Acme-Automaten, sowie
Metallschleifer
die als Schwabbler arbeiten, stellen sofort ein
Ehrich & Graetz
Berlin SO 36, Elsenstr. 90/96

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, dass folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Gürtler
Pawlik, Anton,
Reichenberger Str. 181 am 8. d. M.

Todes-Anzeige.

Der Werkzeugmacher
Wagner, Paul,
Stockholmer Str. 29 am 9. d. M.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 13. 7. 22 nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Krematorium Berlin, Gerichtstrasse aus statt.

Der Arbeiter
Knobel, Willy,
Bandelstrasse 41 am 8. d. M.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 13. 7. 1922 vormittags 9 Uhr von der Leichenhalle des Krematorium Berlin Gerichtstrasse aus statt.

Der Ciseleur
Goepel, Otto,
Andreasstr. 64 am 10. d. M.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. 7. 1922, nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Andreas-Gemeinde-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang
bietet das
Heim d. Berliner Arbeiterschaft
„Gewerkschaftshaus"
Engel-Ufer 25

„Arbeiter-Sport"

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport" vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport" wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kämpferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport" wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflachung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden."

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport".

Er ist das einzigste Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport"
Berlin SO 16, Köpenicker Straße 108.

+ Heilanstalt +
für inn. u. äuß. Krankheiten, Nervosität, Mag.- u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerzen, Herz-, Nier., Leb.- u. Gallenld. Haut-, Harn- u. Frauenld., Syph. schnell, schmerzl Bhdl.
= Untersuchung und Beratung kostenlos. =
G. Andres, Invalidenstr. 147 I. Etage.
Sprechstunden 9—1 u. 3—8.

Tüchtige
Kassiererinnen
sofort gesucht.
Meldungen: 1-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersach., Quecksilb., Stanniolpap. Zinn! Glühstrumpfasche kauft z. hoh. Pr. Edelmet.-Einkaufsb., Weberstr. 31

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
Herren- Anzüge, Hosen, Paletots, Ulster
Damen- Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise,
— grosse Auswahl. —
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Auf bequeme
Teilzahlung
Für Herren:
Anzüge / Hosen / Schlüpfer
in besten Qualitäten, solideste Ausführung
Für Damen:
Mäntel / Kostüme / Kleider
Röcke und Jumper
Grebler
Weinbergsweg 4
a. Rosenthaler Platz
Wochentags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Schlechtsitz. Korsette
werden nach jed. Figur, passend unter Garantie, tadellos umgearbeitet.
Reparaturen, Aenderungen und Korsettwäsche jeglicher Art übernimmt und führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Rich. Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 99
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstraße 23
Ecke Alte Jakobstraße

Garant. kein Preisaufschlag!
Einen wirkl. guten **Anzug** Mantel oder Beinkleid
auch auf **Teilzahlung** bietet Ihnen an die
„Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie", Alexandrinenstraße 116
unw. Hochbahnst. Prinzenstr. Fahrsteig.

Tüchtige
Kassiererinnen
sofort gesucht.
Meldungen 1—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Brunnenstr. 19/21.

Botenfrauen
bei hohen Löhnen verlangt
Spedition
Wutzky, Choriner Str. 68
Charlottenburg, Wall-Str. 4

Geschlechtskranke
Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamer Str. 123 B, 2 Friedrichstr. 81
3. Königstraße 56/57 am Alexanderplatz.
Sprechstund. 9—12, 4—7, Sonntag 10—12
nur Potsdamer Str. 123 B
Behandl außerh. d. Sprechz. n. tel. Anruf
Nollend. 104, Lützow 155, Zentrum 8724.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit
von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon:
Amt Norden 833, 834, 835, 836

Achtung! Achtung!

Am Donnerstag, den 13. Juli 1922, abends 7 Uhr, findet im Lokal zum musikalischen Fuchs, Holzstr. 7, eine

Vertrauen männerkonferenz

der Auto-Reparaturschlosser Berlins statt.

Tagesordnung:

Die wirtschaftliche Lage im Monat Juli.

Erscheinen aller Vertrauensleute ist dringend notwendig.

Achtung! Goldschmiede! Achtung!

Freitag, den 14. Juli 1922, nachmittags 4½ Uhr,

Branchen-Versammlung

aller bei den Goldschmieden beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen vollzählig erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Werbt für unser Blatt!

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Geschäftsstelle:
Berlin 62, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das fette Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.—, jed. weitere Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Kredit-Kauf. Gardinen, Madras, Bett- und Divandecken, Anzüge, Schlüpfer, größte Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elsasser Str. 44 I, nahe Oranienburger Tor.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Gummimäntel, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 8, direkt Rosenthaler Tor.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Kollendorfstraße 22a, 2. Etage, Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Auf Teilzahlung! Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Freiger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Gardinen-Sonderangebot! Aus unseren alten Warenbeständen stellen wir in dieser Woche nachstehende Artikel zum billigen Verkauf: Künstlergardinen, 3 teilig, Serie I 365 bis 650 M., Serie II 675—1150; Madrasgarnituren in reichster Auswahl, Serie I 375 bis 650, Serie II 785 bis 1280; Gardinenstoffe, doppeltbreit, Meter von 58 M. an; Halbstores, Englisch Tüll, Erbstüll und Etamine, Serie I, 190 bis 450, Serie II 525 bis 950 M.; Bettdecken für 2 Betten in wunderbarer Ausführung, Serie I 450—675, Serie II 750—1200. Selten billiger Verkauf von Kongreß-, Etamin- und Madrasstoffen, Portieren, Tisch- und Divandecken, Steppdecken, Brücken, Bettvorleger usw. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Weininger u. Co., Großdetail-Gardinen-Etage, Gr. Frankfurter Straße 104 I, am Strausberger Platz (nahe Andreasstr.). Vorzeiger dieses Inserates erhält fünf Prozent Extrarabatt.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Näherweiblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder, Kinderwagen, Puppenw., Weiblich, Brunnenstraße 96 (Humbold 874).

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Boxhagener Straße 47.

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Pelzwaren! trotz enormer Preissteigerung bald umsonst! Massenauswahl Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzvertrieb, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Staunend billige Preise für Anzüge und Schlüpfer, aus guten haltbaren Stoffen 1100 M. an. Blaue Jackettanzüge, Kammgarnanzüge, Smokings, Covercoats, Ersatz für Maßarbeit, in großer Auswahl, enorm billig. „Gardeobenhaus" Prinzenstraße 54 I, Gelbe Schilder.

Konfektion oder Geschäft gebe ab mit großen Laden mit Zwei-Zimmerwohnung gegen Wohnungstausch. Hoering, Neukölln, Reuterstr. 96.

Hosen für jedermann, für jeden Zweck, für jede Gelegenheit, i. größter Auswahl, zu niedrigsten Preisen. München-Gladbacher Hosen-Zentrale, Schöneberg, Goltzstraße 7. Fahrlinien: 3, 5, 10, 52, 69, D, H, (62, 82, 89, 102). Untergrundbahn Kollendorfplatz, Ringbahnstation Schöneberg. Mannfeldstation Groß-Görschenstraße. Fahrgeldvergütung.

Schäferhunde junge, Boxer, Doggenhündin, prima Wach- und Schutzhund, preiswert, verkauft Will, Markusstraße 23.

Bettwäsche billigst! Letzte Gelegenheit vor Preissteigerungen! Bettbezüge 215, 295, 375, Bettlaken 118, Federdichte Inletts 410 an. Prima Ueberschlaglaken 410, 650. Paradekissen, Dimiti, Damast, Wäschestoffe, Handtücher, Küchen, bekanntlich nur gute Qualitäten, allerbilligst! Fenstergarnituren unter Selbstkosten. Riesenauswahl, Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten usw. größeren Rabatt. Stumpe u. Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabriken, Kottbuserdamm dreiundvierzig, Landsberger Straße achtundachtzig.

Abkantmaschine Kreisschere, Schraubstöcke, Rundmaschine, Tafelschere, Sickenmaschine sucht Appel, Gr. Frankfurter Str. 48.

Schnellbrechhals Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Treibriemen, kauft Hirsch, Ruppiner Str. 37.

Bettwäsche allerbilligst! Diese Woche Einzelverkauf zu Engrospreisen an Private. Deckbettbezüge von 185, Kissen 58, Laken 105, Inletts 475, Wäschestoffe 48, Handtücher 29.50, Ueberschlaglaken, Paradekissen, herrliche Stickereibezüge, Dimiti, Damast, beste Qualitäten! Kolossal billig. Riesenauswahl. Reelle fachmännische Bedienung. Aussteuer Sonderrabatt. Kelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestraße neunundzwanzig (Hasenheide), Brunnenstr. 10 (Rosenthaler Platz).

Bettwäsche billig! Diese Woche Verkauf von Reisemustern! Bezüge 198, Kissen 59, Bettlaken 115 an, Prima Ueberschlaglaken 405, Federdichte Inletts, prima Wäschestoffe, Küchen, Dimiti, Damast, Handtücher, noch alte Abschlußpreise. Bettwäschefabrik, Dresdener Str. dreiunddreißig (Nähe Prinzenstr.). Geöffnet bis 7 Uhr.

Glühbirnen, Wattlampen, sämtl. Elektromaterial kauft Hans Boeder, Strausberger Str. 44, Laden. Reelle Preise.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungseinrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Görisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstr., am Schles. Bahnhof.

Land- parzellen für Gartenanlage in Schildow, Spandau-Pichelsdorf und Mahlsdorf verkauft gegen Ratenzahlung Landgesellschaft, Dresdowstr. 26. Auskunft nachmittags.

Gardinen Sonderangebot! Aus unseren alten Warenbeständen stellen wir nachstehende Artikel zum billigen Verkauf: Künstlergardinen dreiteilig, Fenster von 345, Madrasgarnituren, reichbestickt, alle Farbenstellungen, Fenster von 450, Halbstores, reizende Must., Fenster von 190, Gardinenstoffe doppeltbreit, prima Englischtüllgewebe, Meter von 48,50, Bettdecken für zwei Betten von 350, Divandecken von 475, Tischdecken von 175, Läuferstoffe Meter von 95 M. aufwärts. Besichtigung unserer Riesenläger ohne Kaufzwang erbeten. Fried's Gardinenhaus, Brunnenstr. 84 II, kein Laden, am Moritzplatz. Freiheitleser erhalten 5 Proz. Extrarabatt.

Teppiche, wenig gebr., verk. billig Stein, Anklamer Str. 30.

Möbel

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34, noch billige Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Schlafzimmern: Küchen von 1000,—, Schreibtische, Sofas, Stubeneinrichtung 3000,—.

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbrahtbett, Meicke, Augustftr. 32a, Quergeb.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 51. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450,— an, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 32 (Schönhauser Tor).

Gut und billig. Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Kaufgesuche

Glühbirnen, Wattlampen, sämtliches Elektromaterial kauft Hans Boeder, Strausberger Str. 44, Laden. Reelle Preise.

Altmetalle und Kugellager kauft zu höchsten Tagespreisen. Baack, Markusstraße 27c.

Schallplatten, alte, kauft Metallkontor, M. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Metallschmelze, Neanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale, Zennstr. 52, Moabit 6084.

Piano Harmonium privat zu kaufen gesucht (Preisangabe), Uberek, Winterfeldtstr. 32.

Fahrräder

Fahrradantani. Linienstr. 19.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Vermietungen

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Baft, Gollnowstr. 35. Telef.: Königstadt 9564. Filialen: Wedding, Lindower Straße 5; Osten: Lange Str. 78; Südosten: Wiener Str. Nr. 27; Spittelmarkt: Seydelstr. 2; Schöneberg: Hauptstraße 105.

Erich E. Teichel, Wohnungs-Zimmernachweis Viktoria-Luise-Platz 5.

Siedler Wohnung gegen Baugrundstück sucht Henkel, Trabelstr. 2.

Zimmer für Dame durch Glanz, Lothringer Str. 56.

Zimmer für Herren durch Glanz, Lothringer Str. 56.

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Baft, Gollnowstraße 35, Königstadt 9564. Filialen: Görlitzer Bahnhof, Wiener Straße 27; Wedding, Lindower Straße 5; Spittelmarkt, Seydelstraße 2; Schlesischer Bahnhof, Langestr. 78; Schöneberg, Hauptstraße 105; Moabit, Paulstraße 7.

Restaurant 3 Stuben, Küche, Anschluß, 65 000 M., verkauft Fechner, Schönhauser Allee 61.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Kernmacher bei gutem Akkord stellt ein Pinkuß, Gr. Frankfurter Str. 13.

Mamsells auf Damenmäntel im Hause verlangt Gorel, Badstr. 47/48.

Lehrmädchen f. die Plätterei suchen Felix Jablonka u. Goldmann, Heiligegeiststraße 12.

Maschinenplätterinnen für die Mulde suchen bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung Felix Jablonka u. Goldmann, Heiligegeiststraße 12.

Mäntelnäherin verlangt Hamburger, Lichtenberg, Scharnweberstraße 47.

Automobilfahren lernen Damen und Herren in den Privat-Automobil-Fahrschulen Otto Kraschewski, Köpenicker Str. 116, Adolf Bande, Bergstr. 22, Joh. Kraschewski, Lützowstr. 14.

Verschiedenes

Warne hiermit jeden, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. P. Gulewski, Neukölln, Fontanestraße 27/28.

Die bayerische Gefahr

Von Ernst Rickisch,
Mitglied des bayerischen Landtags

Die Geschichte Bayerns ist eine Geschichte fast ununterbrochenen Reichsverrats. Um seine staatliche Selbständigkeit, seine Souveränität erhalten und ausbauen zu können, unterstützte es seit Jahrhunderten jede Politik, die auf eine Schwächung der Reichszentralgewalt hinauslief. Da eine schwache Reichsgewalt auch im Interesse Frankreichs lag, war es kein Wunder, daß sich zwischen Frankreich und Bayern je und je innigste Beziehungen angeknüpft haben. Französisches Gold ermöglichte verschiedenen Wittelsbachern eine unsagbar liederliche Hofhaltung. Seit einem 1670 zwischen Frankreich und Bayern abgeschlossenen Vertrage rissen die Verbindungsfäden zwischen diesen beiden Staaten bis zum Ende des alten Reiches beinahe überhaupt nicht mehr ab; Bayern blieb die beste Stütze des französischen Einflusses im Reich. Nur widerwillig hatte sich Bayern 1871 in den Rahmen des Deutschen Reiches eingefügt; wenn nicht Bismarck durch das Druckmittel der preußischen Kanonen den geisteskranken Ludwig II. in heillosen Schrecken versetzt hätte, würde Bayern nichts unversucht gelassen haben, um Bismarcks Reichsgründungspläne zum Scheitern zu bringen.

An die alten Reichsverratsüberlieferungen knüpfen die heutigen bayerischen Machthaber an. Schon Rupprecht Wittelsbach hatte im Sommer 1918, als er die deutsche Niederlage zu befürchten begann, einen bayerischen Separatfrieden abschließen und das Reich im Stich lassen wollen. Im Dezember 1918 entwickelte Dr. Heim seine großbayerischen Pläne; vor aller Oeffentlichkeit sprach er aus, daß er bei deren Verwirklichung auf französische Unterstützung rechne und daß er eine Absplitterung vom Reich in Kauf zu nehmen gedenke. Kahr, das Geschöpf Dr. Heims, erblickte seine Aufgabe vornehmlich darin, den Abfall vom Reich psychologisch vorzubereiten. Er suchte Konflikte mit dem Reich, um Gründe und Vorwände für eine maßlose Hetze gegen das Reich zu schaffen; jene Konflikte wurden alsdann dermaßen ausgenutzt, daß weite Kreise der bayerischen Bevölkerung mit Reichsmüdigkeit und Reichsverdrossenheit erfüllt wurden. Damit bereitete man die Stimmung vor, deren man bedarf, wenn die Stunde gekommen ist, in der man glaubt, in offene Rebellion gegen das Reich eintreten zu können.

Der gegenwärtige Kampf Bayerns gegen die Republikschutzgesetze ist lediglich eine Fortsetzung und Zuspitzung der bayerischen Politik des Reichsverrats. Dabei vollbringt freilich Bayern wahre Meisterstücke jesuitisch-raffinierter Heuchelei, um seine wahren Absichten zu verschleiern und sich im Gewande verfolgter Unschuld darzustellen.

Der Zweck aller bayerischen Geheimorganisationen, der Einwohnerwehr, des Bundes Herold, des Stahlhelms, der Organisation C und anderer war stets der, Bayern einen dergestalt starken bewaffneten Rückhalt zu geben, daß es ungestraft dem Reiche den Gehorsam zu verweigern vermochte. Alle bayerischen maßgebenden Männer standen — und stehen teilweise heute noch — im engsten Zusammenhang mit diesen Geheimorganisationen. Die Münchener Polizeidirektion war geradezu der Knotenpunkt, in dem Staatsgewalt und die verschiedensten Geheimorganisationen in eins zusammenflossen. Pöhner — jetzt Richter am obersten bayerischen Landesgericht — nutzte sein Amt aus, um diesen Organisationen in jeder Hinsicht förderlich zu sein; man geht sicher nicht fehl, wenn man behauptet, daß die Münchener Polizei sowohl die Aufklärung des Gareis- als auch des Erzbergermordes planmäßig verhinderte. Abg. Held, der Führer der Bayerischen Volkspartei, stellte sich anläßlich der Dobneraffäre schützend vor die Geheimorganisationen; er hintertrieb es, daß das Mördernest in München ausgehoben wurde und daß man die Verbindungen zwischen der Münchener Polizei und den Organisationen ans Licht zog. Noch heute verrichten Mitglieder solcher Organisationen in der Münchener Polizei Dienst. Immer aber, wenn man auf diese reichsfeindlichen Organisationen hinwies, antwortete die bayerische Regierung mit dem Kniff, daß sie nationalistische Instinkte in Erregung versetzte. Die Reichsregierung, die ein Einschreiten gegen die Mörderverbände verlangte, wurde als schlapp, undeutsch, jüdisch, kraftlos gebrandmarkt. Auf diese Weise spielte Bayern die Rolle des Wahrers deutscher Ehre und Würde ausgerechnet in dem Augenblick, in dem es an den Einrichtungen festhielt, mit denen es eines Tages hofft, das Reich zerschlagen zu können. Der Nationalismus war der Deckmantel eines niederträchtigen reichszerstörenden Treibens, er war ein um so gefährlicherer Deckmantel, als seine Anwendung durch Bayern gelegentlich auch in ehrlich reichstreuen Schichten Abneigung gegen das Reich entstehen ließ.

Dieser bayerische skrupellose Jesuitismus bewährte sich erst jüngst wieder in der Art, wie der Leoprechtingprozeß inszeniert wurde. Man verhängte über den plumpen Reichsverräter Leoprechting eine barbarische Strafe, um glauben zu machen, daß man selbst jeglichem Reichsverrat fernstehe. Die separatistischen Drahtzieher fürchteten für sich, da wurde Leoprechting verurteilt; dessen Verurteilung wird ausgedeutet als Reinwaschung der allergefährlichsten Separatisten. Und die öffentliche Empörung über den Schurken Leoprechting soll sogar auch noch die Reichsregierung mitireffen, die einige ganz richtige Angaben über den separatistischen Hexentanz in Bayern von diesem Leoprechting entgegengenommen hatte.

Kein Kundiger zweifelte daran, daß das Gesetz zum Schutz der Republik den heftigsten Widerstand Bayerns heraufbeschwören werde. Es gibt so viele hochgestellte Männer in Bayern, die allen Anlaß haben, vor dem Staatsgerichtshof zu erzittern. Den Rupprecht Wittelsbach kann Bayern nicht der Gefahr aussetzen, des Landes verwiesen zu werden; man bedarf seiner Gegenwart zur Vorbereitung, Finanzierung und späteren Durchführung des Staatsstreichs, dem man zustrebt. Das Gesetz über die „Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik“ ist unannehmbar; muß man doch innerhalb der bayerischen Bürokratie die Republikaner „mit dem Vergrößerungsglas“ suchen. Bayern ist der Hort der deutschen Reaktion; gegen jedes Mittel, durch das die Reaktion getroffen werden könnte, muß infolgedessen Bayern ganz naturgemäß protestieren.

Aber auch bei diesen Protesten versteht Bayern wiederum mit jesuitischer Gerissenheit das Gesicht zu wahren. Bayern tritt auf als Verteidiger der Verfassung, der Volksrechte der wahren Demokratie! Bayern hielt jahrelang am Ausnahmezustand fest und richtete diesen Ausnahmezustand ausschließlich gegen links. Bayerische sozialistische Abgeordnete sitzen heute noch verfassungswidrigerweise im Gefängnis. Der Kommunist Eisenlenger erhielt zwei Jahre Gefängnis, weil er, ähnlich wie Kahr, in einer Rede seine Gesinnung bekannt hat. Die bayerischen politischen Gefangenen werden in Niederschönenfeld nach wie vor bis aufs Blut gequält und seelisch zugrunde gerichtet, während der Mordbube Arco als landwirtschaftlicher Praktikant auf einem Gute beschäftigt wird. Die Volksgerichte sind immer noch als Ausnahmegerichte gegen linksstehende Kreise in Tätigkeit. Der Minister Schreyer hielt früher mehr als eine Rede, in der er gegen Kommunisten jedes Mittel für erlaubt erklärte, auch wenn es nicht verfassungsmäßig sei.

Das ist das Bayern, das nun vorgibt, die demokratischen Grundrechte verteidigen zu wollen. Nein; **Bayern will die Mörder decken, will die Reaktion schützen, will monarchistischen Staatsstreichen Hilfe gewähren, will seine separatistischen Reichsverräter nicht in Gefahr bringen;** nur um diesen ganzen Rattenschwanz der Verbrechen und des Hochverrats vor dem reinigenden Zugriff des Staatsgerichtshofs zu bewahren, proklamiert es die Aufgabe, die demokratischen Grundrechte retten zu müssen.

Allein weil die französische Regierungspolitik es bisher an unzweideutigen Ermutigungen und verläßlichen Versprechungen hat fehlen lassen, ist Bayern noch nicht zu entscheidenden reichszerstörerischen Taten vorgestoßen. Durch seine Politik der Reichsopposition aber versucht es ständig, Frankreich zur aktiven Aufnahme einer neuen Rheinlandpolitik zu verleiten; „hier,“ so ungefähr will es kundtun, „hier in Bayern sind die Kräfte, die darauf warten, von außen bei dem Werk der Reichszerschlagung unterstützt zu werden; hier in Bayern hat niemand Interesse an der deutschen Republik; hier hat man Interesse nur an weißblauen Kirchturmangelegenheiten.“

Das deutsche Bürgertum steckt angesichts der bayerischen Gefahr den Kopf in den Sand. So kommt es zu keinem nachdrucksvollen Auftreten gegen Bayern. So erklärt es sich, daß das Reich bisher Schritt für Schritt vor Bayern zurückwich. Es ist eine falsche verhängnisvolle Rechnung, zu meinen, es nütze dem Reiche, wenn man durch Nachgiebigkeiten Bayern bei guter Laune erhalte. Jede Nachgiebigkeit des Reiches wird von Bayern als Schwäche ausgelegt, die das Recht schenke, immer kecker, anspruchsvoller und herausfordernder zu werden.

In Münchener Zeitungen wird offene Rebellion gegen das Reich empfohlen. Die Staatsregierung sabotiert Reichsgesetze, hat sich also zur vorerst noch verhüllten Rebellion entschlossen. Das ist ein unerträglicher Zustand. Nach Kräften ist die Reichszentralgewalt derart zu stärken und die politische und moralische Isolierung Bayerns innerhalb des Reichsgefüges dermaßen zu fördern, daß Bayern sich nicht mehr länger unterfangen darf, seine reichszerstörerische Oppositionspolitik fortzusetzen. Bayern hat sich in Vergangenheit und Gegenwart unermeßlich am Reiche vergangen. **Es hat sein Recht zu staatlicher Selbständigkeit, zum Besitze von Polizei-, Justiz- und anderen Hoheiten endgültig verwirkt.** Alle Hoheitsrechte hat Bayern deswegen mißbraucht, um das Reich zu schädigen; es gehört zu den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Republik, daß Bayern aller seiner Hoheitsrechte verlustig gehe.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(107. Fortsetzung.)

20.

Im Winter gab es auf dem „Jahrmarkt“ so gut wie gar keine Arbeit. Zu Hause hatte ich, wie früher, allerhand kleine Obliegenheiten zu erfüllen, die meinen Tag verschlangen, dafür hatte ich jedoch die Abende frei. Ich las meinen Leuten wieder die langweiligen Romane der „Niwa“ und des „Moskauer Blättchens“ vor; die Nächte widmete ich der Lektüre guter Bücher, auch versuchte ich mich selbst im Versemachen.

Eines Tages, als die Frauen in der Abendmesse waren, fragte mich der Prinzipal, der sich nicht wohl fühlte und daher zu Hause geblieben war:

„Sag' mal, Pjeschkow — Viktor macht sich über dich lustig: du schriebest Verse, meint er. Stimmt das? Lies mir doch was vor!“

Ich fand keinen Vorwand, es ihm abzuschlagen, und las ihm einige meiner Gedichte vor. Sie schienen ihm nicht zu gefallen, doch sagte er aufmunternd:

„Immer schreib', schreib'! Vielleicht wirst du mal ein zweiter Puschkin. Hast du Puschkin gelesen? „Ob eine Hexe Hochzeit macht? Ein Kobold wird zu Grab gebracht?“ Zu Puschkins Zeiten glaubte man noch an Hexen und Kobolde — er selbst glaubte wohl nicht daran, sondern hat nur gescherzt ... Ja, ja, mein Lieber,“ fuhr er nachdenklich fort — „du hättest 'ne höhere Schule besuchen sollen, aber jetzt ist es zu spät. Weiß der Teufel, wie du dich durch die Welt schlagen wirst ... Dein Heft heb' dir nur auf; wenn du mal mit Weibern bekannt wirst, kannst du ihnen daraus vorlesen ... Sie lieben so was, wenn's so recht ans Herz greift ...“

Seit einiger Zeit war der Prinzipal auffallend still und nachdenklich geworden, sah sich immer ängstlich um und erschrak, wenn die Türglocke ging. Zuweilen wurde er ohne ausreichenden Grund ganz plötzlich von einer krankhaften Aufregung ergriffen, schrie alle Welt heftig an und lief aus dem Hause, um erst spät in der Nacht betrunken heimzukehren. Man hatte das Gefühl, daß ihm irgend etwas ganz Besonderes begegnet sein müsse — etwas, das nur ihm allein bekannt war, das sein Herz schwer bedrückte, ihn unsicher machte und ihm das Leben vergällte.

Des Sonntags, vom Mittagessen an bis neun Uhr abends, ging ich spazieren, und den Abend verbrachte ich in einer Teestube, in der Jamskajastraße. Der Wirt, ein dicker, ewig in Schweiß gebadeter Mensch, war ein leidenschaftlicher Verehrer der Sangeskunst, und die Sänger fast sämtlicher Kirchenchöre wußten das und versammelten sich mit Vorliebe in seinem Lokal. Sie sangen ihre Lieder, und er bewirtete sie dafür mit Branntwein, Bier und Tee.

Die Sänger, denen es nur um die Bewirtung zu tun war, trugen meist Kirchenlieder vor — sie sangen ohne besonderen Schwung und waren überhaupt ein ziemlich uninteressanter Menschenschlag. Die Frommen unter den Gästen nahmen Anstoß daran, daß die kirchlichen Gesänge in der Schenke vorgetragen wurden, der Wirt lud die Sänger daher in seine Wohnung ein, so daß ich ihre Lieder nur durch die Tür anhören konnte. In der Schenke ließen sich dafür öfters Sänger aus dem Volke, Bauern und Handwerker, vernehmen, und der Wirt ließ es sich angelegen sein, immer neue Kräfte heranzuziehen. Er suchte nach ihnen in der Stadt und fragte an den Markttagen die vom Dorfe hereinkommenden Bauern nach tüchtigen Sängern aus, die er dann zu sich einlud.

Für den Sänger stand vor dem Büfett ein Stuhl bereit, gerade unter dem Branntweinfäßchen, von dessen den Gästen zugekehrtem Boden sich der Kopf des Sängers wie in einem runden Rahmen abhob. Alle andern Sänger übertraf, auch durch die Auswahl seiner besonders schönen Lieder, ein kleiner, magerer Sattler namens Kleschtschow, ein zerzaustes, verkümmertes Kerlchen mit roten Haarbüscheln auf dem Kopfe, einer großen, leichenhaft glänzenden Nase und kleinen, verschlafenen, unbeweglichen Augen. Wenn er sang, schloß er sie ganz, lehnte den Kopf an den Boden des Fäßchens, streckte die Brust vor und stimmte in raschem Tempo mit einem zarten, jedoch unwiderstehlich alles niederzwingenden Tenor sein Lied an:

„Ach, schon fiel der Nebel auf das freie Feld
Und verhüllte weithin Pfad und Weg ...“

Nun stand er auf, lehnte sich mit dem Kreuz gegen den Schenktisch und sang, das Gesicht der Decke zugekehrt, recht aus Herzensgrunde:

„Ach, wohin, wohin nur wend' ich mich,
Und wie komm' ich auf den breiten Weg?“

Seine Stimme war von kleinem Umfange, wie er selbst nur klein war, doch war sie nicht zu ermüden und durchsetzte den dumpfen Schenkenlärm, gleichwie ein schönes Muster aus Silberfäden einen dunklen Teppich. Der schwermütige Text, die Seufzer und Ausrufe bannten alle Zuhörer, selbst die Betrunkenen schauten verwundert vor sich hin, und ich ward aufs stärkste von jenem machtvollen Gefühle ergriffen, das eine gute Musik stets in den Tiefen der Seele emporwühlt.

In der Schenke ward es still wie in einer Kirche, und der Sänger erschien darin wie ein guter Priester, der nicht kalt predigt, sondern aufrichtig, aus vollem Herzen, für das ganze Menschengeschlecht betet und alle Kümmernisse des Menschendaseins laut durchdenkt. Bärtige Menschen blicken von allen Seiten nach ihm hin; in den vertierten Gesichtern blinzeln sinnende Kinderaugen, und von Zeit zu Zeit wird ein Seufzer hörbar, der die sieghafte Macht des Liedes zu bestätigen scheint. In solchen Momenten war ich immer des Glaubens, daß dies das wahre menschliche Leben sei, und daß das traurige Leben, das die Menschen tatsächlich führen, nichts weiter sei als ein böser Traum.

Dort sitzt in einer Ecke die dicke Hökerin Lyssucha, ein schamloses, lasterhaftes Weib von widerwärtigem Aussehen; sie hat den Kopf zwischen die fetten Schultern gezogen und weint — die still rinnenden Tränen sind ein läuterndes Bad für ihre frechen Augen. Nicht weit von ihr hat der finster blickende Oktavensänger Mitropolskij sich am Tische hingepatzt — ein Kerl wie ein Baum, zottig wie ein Bär, der Erscheinung nach ein ausgestoßener Mönch, mit mächtigen Glotzaugen in dem trunkenen Gesicht; er sieht in das Branntweinglas, das vor ihm steht, nimmt es auf und führt es an die Lippen, setzt es jedoch wieder auf den Tisch zurück, ganz behutsam und geräuschlos — es ist ihm unmöglich zu trinken.

(Fortsetzung folgt.)

Republik und Schulen

Zwei Verordnungen in Sachsen.

Auf Anordnung des Unterrichtsministers Fleißner ist für die seinem Ressort unterstehenden Hochschulen: Universität in Leipzig und Technische Hochschule in Dresden, folgende Verordnung erlassen worden:

1. Es ist den Studierenden der Hochschulen **verboten**, an Vereinen und Vereinigungen, Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen teilzunehmen, in denen Erörterungen stattfinden, die zur Beseitigung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes aufreizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die republikanischen Einrichtungen des Staates verächtlich machen, auch wenn ein Verbot dieser Veranstaltungen gemäß § 1 der erwähnten Reichsverordnung nicht erfolgt ist.

Gegen Zuwiderhandelnde kann die **sofortige Wegweisung** von der Hochschule durch das Ministerium verfügt werden.

2. Allen Dozenten, Beamten, Assistenten, Studierenden, Angestellten und Arbeitern ist es **untersagt**, in den Räumen der Hochschulen **schwarzweißrote** und sonstige **politische Abzeichen** (Hakenkreuze, Sowjetsterne usw.) zu tragen.

Zuwiderhandelnde haben, wenn sie Professoren oder Beamte sind, die Einleitung eines **Disziplinarverfahrens unter sofortiger Suspension vom Amte**, im übrigen sofortige **Entlassung oder Wegweisung** von der Hochschule zu gewärtigen.

Die Rektoren und Direktoren der Institute haben für die Durchführung dieser Verordnung zu sorgen und Zuwiderhandlungen dem Ministerium unverzüglich **anzuzeigen**.

Für die Bekanntgabe dieser Verordnung ist ausreichend Sorge zu tragen, insbesondere ist sie in allen Lehrstätten am schwarzen Brett anzuschlagen.

Dresden, den 6. Juli 1922.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Ferner wurde vom Unterrichtsministerium und vom Wirtschaftsministerium (Minister Fellisch) gemeinsam für alle anderen, den zwei Ministerien unterstehenden Schulen eine weitere Verordnung erlassen, die bestimmt:

1. Alle Lehrkräfte haben die unbedingte **Pflicht**, ihre Berufstätigkeit im Geiste und im Interesse der neuen republikanischen Staatseinrichtungen auszuüben und die ihnen anvertrauten Schüler und Schülerinnen in diesem Sinne zu bilden und zu erziehen. Dies gilt insbesondere für den geschichtlichen, volkskundlichen und staatsbürgerlichen Unterricht.

2. Jede diesem Zwecke zuwiderlaufende Beeinflussung der Schüler und Schülerinnen durch Wort und Schrift ist verboten.

3. Jede Herabsetzung und **Verächtlichmachung von Angehörigen einzelner Bekenntnisse und Rassen** (etwa nach Art des Antisemitismus) muß **unterbleiben**. Vielmehr soll Sachlichkeit, Duldung, Versöhnlichkeit und Verständigung das Leitmotiv aller Lehrkräfte sein.

4. Lehrer und Lehrerinnen, die diese Aufgaben in ihrem Amt nicht erfüllen wollen, haben die daraus sich ergebenden Folgerungen auf sich zu nehmen. **Sie sind zu dem ihnen anvertrauten Amt untauglich.**

5. Die Verordnungen des Kultusministeriums vom 28. Dezember 1921 (SDBl. 1922 S. 2) über das Tragen politischer Abzeichen durch Schüler und die inhaltlich gleiche Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1922 finden auch auf die Lehrkräfte Anwendung.

6. Die Schülerbibliotheken sind ungesäumt von solchen Büchern zu reinigen, die die Republik zu schädigen geeignet sind, insbesondere eine Verherrlichung der Monarchie oder verfassungsfeindlicher Einrichtungen enthalten.

7. Die zunächst verantwortlichen Stellen (Schulleiter, Direktoren, Lehrerversammlungen usw.), sowie die Aufsichtsorgane der Schulen haben für die strenge **Durchführung** dieser Bestimmung zu sorgen und sind **verpflichtet**, nötigenfalls **Anzeige** bei dem zuständigen Ministerium zu erstatten.

8. Lehrkräfte, die dieser Verordnung **zuwiderhandeln** oder Vereinigungen angehören, die einen Umsturz der republikanischen Staatsform zum Ziel haben, haben ihre **Entlassung** aus dem Schuldienst zu gewärtigen und werden bis zum Ablauf des gegen sie eingeleiteten Verfahrens vom Dienste ferngehalten.

9. **Schüler und Schülerinnen**, die den in Punkt 5 genannten Verordnungen zuwiderhandeln oder Vereinigungen angehören, die einen Umsturz der republikanischen Staatsform zum Ziel haben, ferner solche Schüler und Schülerinnen, die sich an antirepublikanischen Veranstaltungen oder Kundgebungen beteiligen, sind mit den strengsten Schulstrafen zu belegen und, soweit sie die **höheren Schulen** des Kultusministeriums oder die Schulen des Wirtschaftsministeriums besuchen, unverzüglich **von der Schule zu entfernen.**

10. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf **alle Beamten und Angestellten** an den Schulen sinngemäße **Anwendung.**

11. Diese Verordnung ist in allen Lehrerzimmern anzuschlagen und allen Schülern und Schülerinnen, sobald sie eine entsprechende geistige Reife haben, bekanntzugeben.

Die Aufsichtsorgane haben bis zum 15. September Bericht zu erstatten, daß Ziffer 6 dieser Verordnung überall durchgeführt ist.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.
Wirtschaftsministerium.

Forderungen der Lehrergewerkschaft

In ähnlichem Rahmen wie die vorstehenden Erlasse des sächsischen Unterrichtsministers und des sächsischen Arbeitsministers bewegen sich die Vorschläge, welche die Freie **Lehrergewerkschaft Deutschlands** dem ADGB., der AfA, dem ADB. und den drei sozialistischen Parteien zur Ergänzung der von ihnen erhobenen Forderungen zum Schutze der Republik unterbreitet hat. Die Lehrergewerkschaft wendet sich entschieden gegen den Potsdamer Geist, der in den Herzen und Hirnen der überwiegenden Mehrzahl aller deutschen Lehrer und somit in den Schulen noch immer herrscht, und erhebt u. a. folgende Forderungen:

a) Aeußerer und innerer Schulbetrieb:

Auflösung aller antirepublikanischen Jugendbünde, vor allem des Bismarckbundes und des deutschnationalen Jugendbundes; Einforderung halbjähriger Berichte von den Schulleitern über ihre Maßnahmen zur Einwirkung auf die Jugend im Sinne der Republik; uneingeschränkte Oeffentlichkeit des Unterrichts; Abbau des autoritären Unterrichtsbetriebes; Verbot der Prügelstrafen; unzweideutiges ausnahmsloses Verbot der Benutzung der Lesebücher und Geschichtslehrbücher aus der wilhelminischen Aera; Aufhebung aller Lehrplanbestimmungen, insbesondere der Forderung Hohenzollerngeschichten betreffend; Kontrolle aller Schulbücher auf ihren monarchistischen, militaristischen und antisozialistischen Inhalt durch Kommissionen aus republikanischen Schulmännern; Säuberung der Schüler- und Volksbibliotheken durch Vertrauensleute des Proletariats; Entfernung aller Monarchen-, Kriegshelden- und Schlachtenbilder, Embleme und Erinnerungszeichen an die vergangene monarchistische Epoche aus allen Schulen, Klassen und Räumen und den Schulverwaltungsgebäuden.

b) Lehrer und Schulverwaltung.

Säuberung des gesamten staatlichen und privaten Bildungswesens von notorischen Feinden der republikanischen Staatsform; Ungültigkeitserklärung aller Dienstanweisungen aus der wilhelminischen Aera; Beseitigung des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852; Nachprüfung aller Fälle von Maßregelungen republikanischer Lehrer; Herausgabe eines amtlichen Kommentars zur Reichsverfassung für den Schulgebrauch; Einführung der republikanischen Staatsbürgerkunde als Lehrgegenstand aller Schulen; Festlegung bestimmter Tage der republikanischen Schulfeiern; Erteilung von Unterricht an Reichswehr und Sipo nur durch erwiesene Republikaner; die Landesturnanstalten und die Hochschule für Leibesübungen sind vom Reiche zu übernehmen und unter republikanische Leitung zu stellen.

Ein großes Trümmerfeld

Hamburg, 12. Juli. Zu der Explosionskatastrophe des Minendepots Groden bei Cuxhaven meldet das Hamburger Echo: Das Depot ist vollständig zerstört. Die erste große Explosion erfolgte nachmittags 2,28 Uhr im Schuppen 40. Während der Explosion befand sich ein Hamburger Zug in der Nähe des Depots. Er passierte die Stelle in rasender Fahrt, sämtliche Fensterscheiben des Zuges wurden zertrümmert. Auch in Cuxhaven sind fast sämtliche Schaufenster und andere Scheiben zerbrochen. In Groden selbst sind die Siedlungshäuser zerstört, etwa 100 Dächer abgedeckt und viele Giebel zerschlagen. Auch im Umkreis von etwa 5 Km. wurden die Scheiben zertrümmert. Durch herumfliegende Schießbaumwolle gerieten zwei Bauernhöfe in Brand. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Opfer ist darauf zurückzuführen, daß sich zur Zeit der Explosion niemand im Schuppen befand. Bisher wurde ein Toter gefunden und vier Vermißte gemeldet. In das Cuxhavener Krankenhaus wurden insgesamt 13 Schwerverletzte und 34 Leichtverletzte eingeliefert. Außerdem sind noch etwa 100 Personen verletzt, die sich in Privathäusern befinden.

Kaisertreues Heldentum

In der Dienstagsitzung des Reichstages hatte der Reichskanzler Dr. Wirth von einem Schreiben des Bundes der Kaisertreuen Kenntnis gegeben, das dieser im November 1918 an die Regierung der Volksbeauftragten sandte. Dieses Schreiben ist ein Musterbeispiel für die Scheinheiligkeit und Feigheit der monarchistischen Kreise angesichts ihres heutigen verbrecherischen Treibens gegen die Republik. Der Brief lautet:

Berlin-Schöneberg, den 13. Nov. 1918.
Vorbergstraße 4.

Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler Ebert!

Euer Exzellenz bittet der unterzeichnete der Kaisertreuen davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß er **an seine Mitglieder ein Rundschreiben folgenden Inhalts zu richten beabsichtigt:**

Mit bewundernswerter Ruhe und Ordnung hat sich, abgesehen von einigen unter solchen Verhältnissen leider unvermeidlichen Zwischenfällen, in Berlin der Umschwung vollzogen, der an die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers knüpfte. Der Arbeiter- und Soldatenrat führt in Gemeinschaft mit den Offizieren die militärischen Angelegenheiten weiter. Er bestimmt, daß jeder, der von der sofort in das Leben getretenen Bürgerwehr bei dem Versuch des Plünderns betroffen wird, sofort erschossen werde. Alle Lebensmittelmagazine sind mit starken Wachen besetzt. **Unsere Pflicht ist jetzt, diejenigen zu unterstützen, die für Ruhe und Ordnung Sorge tragen, nicht allein in Berlin, sondern auch allenthalben im Lande, wo sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet haben und noch bilden werden. Die Unterstützung der gegenwärtigen ist um so notwendiger,** als die Bolschewisten alles daran setzen werden, die Herrschaft an sich zu reißen. Wer vermeiden will, daß auch bei uns Zustände russischer Schreckensherrschaft eintreten, daß bolschewistische Banden mordend, sengend und plündernd das Land durchziehen, der muß mit aller Kraft der gegenwärtigen Regierung helfen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wo es auch sei. Widerstand gegen die jetzigen Machthaber ist unverzeihliche Torheit. Nur auf der Grundlage der Ruhe und Ordnung kann der Wiederaufbau unseres Vaterlandes sich vollziehen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, heben wir ausdrücklich hervor, daß wir nach wie vor unverrückbar an unserer Ueberzeugung festhalten, die dahingeht, daß nur die monarchische Staatsform eine gedeihliche Entwicklung Deutschlands verbürgt. In diesem Sinne werden wir bei den Wahlen zur Vertretung des Deutschen Reiches, welche die Verfassung desselben bestimmen soll, tätig sein.

Sollten Eure Exzellenz wünschen, eingehender über den Bund der Kaisertreuen unterrichtet zu werden oder vielleicht auch einer weiteren Verbreitung des Inhalts obigen Rundschreibens den Weg ebnen wollen, so ist der Unterzeichnete jederzeit gern bereit, zu diesem Zweck Eurer Exzellenz seinen Besuch zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bund der Kaisertreuen, der Hauptgeschäftsführer
A. v. Schlieben.

Wir wollen ganz absehen von der geradezu hündischen Kriecherei aller Kaisertreuen, der sie sich in den ersten Wochen nach dem Novemberzusammenbruch befleißigten. Es sei nur bemerkt, daß diese Kreise schon längst alle Erkenntnisse über „unverzeihliche Torheiten" usw. vergessen haben und direkt zu unverzeihlichen Verbrechen übergegangen sind. Womit sie allerdings bewiesen haben, daß man Leuten ihres Schlages nicht über den Weg trauen darf. Diesen wortbrüchigen Jesuiten imponieren nur Taten.

Filmschau

Was sich in Deutschland als Filmlustspiel ausgibt, ist Tagesware, obwohl der „Mann ohne Namen" oder die Filme mit Asta Nielsen, mit Henny Porten oder mit Lya Mara bei aller Verwelktheit immer noch recht unterhaltend sind. An „klassischen" Lustspielen gibt es nur zwei: die „Austernprinzessin" und die „Puppe". Beide sind von Lubitsch. Der Regisseur Dupont würde mit dem neuesten Henny-Porten-Film: „Sie und die Drei" das dritte geliefert haben, wenn die letzten Akte halten würden, was die ersten versprechen. Das tun sie nicht, und die Schuld liegt an den Autoren.

Der Anfang holt kräftig aus und überrascht mit seinem Mut zur Satire. Ein „Herr mit dem Normalempfinden" guckt im Seebad durch die Ritzen der Frauenkabinen und in die Ausschnitte weiblicher Badekostüme, um — na wozu denn sonst als nur, um Aergernis zu nehmen! Er ist nämlich Zensor. Als solcher belegt er nicht nur die Filme einer Diva mit Verboten, sondern in einem schwachen Augenblick auch deren Zofe — wenn auch diese freilich nicht mit Verboten. Da er von Hermann Picha, dem besten Filmkomiker Deutschlands, und dazu noch in der Maske des Professors Brunner gespielt wird, stellt man mit Freuden fest, daß der deutsche Film sich allmählich auf seine Möglichkeiten zu besinnen und aufzustreben versucht. Gelungen ist auch der Teil, wo der Film Humor genug hat, sich selbst zu verspotten, indem er die Mißstände aus seinem Glashaus aufdeckt: Wenn ein Filmdirektor sich eine Freundin anschafft, dann läßt er sich es natürlich nicht nehmen, sie auch zur Heldin seiner Filmerzeugnisse zu machen. Doch die Diva seines Herzens bringt — was selten anders ist — für den Kurbelkasten weniger Fähigkeiten mit als fürs Schlafzimmer. Es ist ergötzlich, wie sie einen Ausbruch der Liebe, des Hasses, der Wut hinlegt, ergötzlich, weil es von Henny Porten parodiert wird, neben der nur noch die Asta Nielsen so etwas fertigbringt!

Mit welchem Aufwand der Film inszeniert wurde, das geht schon aus der bloßen Erzählung der Namen hervor. Die neben Picha und der Porten glänzen: Thimig, Tiedtke, Sabo, Grätz, Huszar, Valentin, Haskel, Schäffers, Fritz Schulz, Hernfeld, Westermeier, Wahmann Adalbert, Blandine Ebinger, Margarete Kupfer, Josefine, Dora, Senta Söneland! Und doch ist dieser Aufwand schmählich vertan worden, denn die Handlung verläuft sich von der Mitte ab in übler Schablone und langweilt mit Szenen aus einem operettenhaften Gefängnis. Schade!

Im übrigen kommt die durch nationale Heldentaten, nämlich durch Meuchelmord, gestiftete Verwirrung so manch einem Filmerzeuger zugute; denn dadurch, daß unsere Filmschau zweimal ausfallen mußte, fielen zugleich einige wohlverdiente Schmeicheleien weg, die sonst gesagt worden wären. Was aber einer Anerkennung wert ist, soll sie noch nachträglich erhalten: Im Marmorhaus läuft seit einigen Wochen eine Serie amerikanischer Filme. Bisher sah man zwei: „Verbotene Frucht" und „Vom Diener zum Herrscher". Wenn die weiteren, die regelmäßig aufeinander folgen sollen, ähnliche Regieeinheiten aufweisen, wie die beiden ersten, dann wird man sie vor allem deutschen Regisseuren empfehlen müssen. Vielleicht lauschen sie den Amerikanern endlich einmal die Fähigkeit ab, den Zuschauer mit dem harmlosesten Thema bis zum Schluß zu fesseln!

Dosio Koffler.

Ein Schaffensbekenntnis Herkomers

Eins der schönsten Werke des zum Engländer gewordenen, aber in Bayern geborenen Malers Hubert Herkomer, das er selbst zu seinen liebsten Schöpfungen rechnete, führt den merkwürdigen Titel „All beautiful in naked purity", „alles ist schön in nackter Reinheit". Das Werk, das eine nackte Frau in einer Landschaft darstellt und dem bekannten Kunstsammler Prof. Darmstaedter gehört, erregte bei seiner ersten Ausstellung 1893 in London bei den prüden Engländern allgemeines Entsetzen, und diese Verdammung des Bildes hat Herkomer wohl zu dem merkwürdigen Titel veranlaßt. Er hat daraufhin eine Art Kunstbekenntnis verfaßt, das über die Entstehung des Bildes berichtet und sich in der Dokumenten-Sammlung Darmstaedter der Berliner Stadtbibliothek befindet. Der Besitzer des Gemäldes, der diese interessante Aufzeichnung im neuesten Heft des von Adolph Donath herausgegebenen „Kunstwanderers" veröffentlicht, erzählt selbst, wie er das Bild, das in England verfehmt war, 1894 in München gekauft hat. „Um die Ueppigkeit und Pracht des Hochsommers, so wie sie im Westen Englands besteht, zum Ausdruck zu bringen," schreibt Herkomer, „erschien es dem Künstler geboten, eine Allegorie zu verwenden, und diese Allegorie konnte nur sein das Weib in seiner vollsten Schönheit und Reife. Das Motiv des Bildes ist die höchste Entwicklung und Reife der Natur — Weib und Natur. Da die Natur in ihrer Blütezeit und ihrem Wachstum ein stetes Sinnbild der Reinheit ist, so wünschte der Künstler das Weib in seiner vollkommensten Reinheit, in dieselbe zu bringen. Nicht die Reinheit, die aus noch nicht vollendeter Entwicklung resultiert, sondern die Reinheit, die die Reife edelt. Die Nacktheit ist berechtigt durch die Freiheit, die jedem poetischen Ausdruck zugestanden wird.

Ein humanes Gefängnis

Wenn man bei Newport auf der Insel Wight das Dorf Campbill besucht, lenkt ein großes Gebäude die Aufmerksamkeit auf sich, von dem niemand vermuten sollte, daß es ein Gefängnis ist. Es liegt in schöner landschaftlicher Umgebung und zeigt weder eiserne Gitter noch Tore. Im Innern findet man Zellen, geräumig, sauber möbliert, sogar Bücherbretter fehlen nicht. Die Gefängniskleidung hat nichts Auffallendes.

Und dann beherbergt dies Haus die ärgsten Verbrecher; nur die für unverbesserlich Gehaltenen werden im sogenannten Petersdom geschlossen und isoliert gehalten. Die übrigen bilden die „gewöhnliche Klasse". Sind sie viermal wegen guten Betragens gemeldet, so kommen sie in die „besondere Klasse". Eine dreimalige gute Bewährung gibt schon dem Gefangenen das Recht auf einen kleinen Garten zu eigener Bebauung, dessen Ertrag zum Marktpreis verkauft wird und dem Inhaber voll zugute kommt.

In der besonderen Klasse essen die Insassen gemeinschaftlich und haben noch allerlei Vorrechte. So versammeln sie sich in Lesesälen, wo Lektüre und Spiele zur Verfügung stehen. Die Direktion hat das Recht, einen solchen Gefangenen auf Ehrenwort freizulassen; er wird dann in einem kleinen Dorfe in einem eigenen Häuschen untergebracht. Diese Behandlung hat bereits die erfreulichsten Ergebnisse gezeitigt.

Ein deutscher Kunstverlag für Rußland. Ein Verlagsunternehmen, das in engster Fühlung mit der Sowjet-Regierung steht, ist in diesen Tagen in Berlin gegründet worden. Wie uns mitgeteilt wird, hat der bekannte Verleger Julius Bard mit einigen Vertretern der Sowjet-Regierung einen „Verlag für Kunst und Literatur Artes" gegründet. Besonders bedeutsam ist, daß dieses Unternehmen Werke der modernen deutschen Dichtung und der deutschen kunstwissenschaftlichen Literatur in russischer Sprache veröffentlichen und mit Unterstützung der russischen Regierung in Rußland verbreiten will. Die Bücher sollen in erster Linie den Schulen und den Kreisen der heute in Rußland so schlecht gestellten geistigen Arbeiter zugute kommen. Als eine der ersten Veröffentlichungen ist eine Sammlung russischer Volkslieder in sehr hoher Auflage vorgesehen, deren Ertrag die Sowjet-Regierung einem Fonds für die hungernden russischen Kinder zuführen will.

Tages-Notizen

An der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, wird Karlheinz Martin in der nächsten Spielzeit als Gastregisseur tätig sein. Er inszeniert zunächst Ibsens „Kronprätendenten".

Im Zentral-Theater finden im Laufe des Juli und August Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen statt. Zunächst gelangt neueinstudiert das Volksstück „Ein Frauenmädel" von Leo Walter Stein und Willi Prager, mit der Musik von Rudolph Nelson zur Darstellung.

Zum Andenken an Ernst Däumig

Die Asche Ernst Däumigs ist gestern auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee beigesetzt worden. Dieser Umstand veranlaßt uns, noch einige Worte über das Wirken Däumigs in der Berliner Parteibewegung zu sagen.

Man kann zwei Perioden in Däumigs Wirken feststellen, eine vor und die andere nach der Novemberrevolution im Jahre 1918. Was die letztere betrifft, so löste sich Däumig von seiner früheren Tätigkeit und von seinem eigentlichen Wirkungskreis vollkommen los, ohne eine wirkliche Befriedigung zu finden. Wie oft hatte er — ein enthusiastischer Verehrer der russischen Revolution — den Genossen im engeren Kreise gesagt, daß man keine Revolution machen könne! Wie oft hatte er vor Genossen im Zentralvorstand dargelegt, daß für eine revolutionäre Situation bestimmte Vorbedingungen vorhanden sein müßten, und ausgerechnet ein Mann wie Däumig mußte es sein, der vor Halle den unverzeihlichen Fehler begehen konnte, für die 21 Bedingungen Moskaus einzutreten und damit erheblich zu der schweren Schwächung der proletarischen Bewegung beizutragen, wie sie durch die Spaltung in die Erscheinung getreten ist. Wir wissen von Däumig, daß er die sozialistische Bewegung Deutschlands nicht den russischen Despoten ausliefern wollte, wir wissen, daß Däumig glaubte, die revolutionäre Bewegung durch Zusammenfassung der aktiveren Elemente vorwärts zu treiben. Aber er mußte sich von seinem verhängnisvollen Irrtum sehr bald überzeugen. Er hat es zu einigen Freunden offen ausgesprochen, daß die Gauner und Verbrecher Sinojew und Co. es sind, die mit allen Mitteln und nicht zuletzt durch eine korrumpierte Sippschaft die russischen Methoden auf die deutsche Arbeiterbewegung übertragen wollten. Diesen Gedanken hat Däumig dauernd als falsch und auch als unsozialistisch bekämpft. Und das führt uns in die Zeit der Wirksamkeit Däumigs vor der Revolution zurück, in jene Zeit, in der der Verstorbene mit großer Zähigkeit und mit Ausdauer in der Berliner Partei gewirkt hat.

Hilferding war es, der im Einverständnis mit der Pressekommission Däumig von Halle nach Berlin in den Vorwärts holte. Bald erkannten die Berliner Genossen die Fähigkeiten Däumigs und spannten ihn ein. Er war es, der in Gemeinschaft mit dem Genossen Seidel das Bildungswesen auf eine neue Basis stellte und systematisch sozialistische Bildungsarbeit trieb. Wieviel Arbeit steckt nicht in dem „Leitfaden", der für die Bildungsarbeit grundlegend war. Die Erziehungsarbeit, die auf diesem Gebiete geleistet worden ist, ist gar nicht zu wägen und ist vielfach unterschätzt worden. Däumig wußte ganz genau, daß zur Durchführung sozialistischer Ideen das Proletariat auch eine gewisse geistige Reife haben müsse. Hier war ein großes Wirkungsfeld für Däumig und eins, für das gerade er wie geschaffen war. Ihm hätte er treu bleiben und sich ihm ganz widmen müssen. Dann wäre Däumig heute noch sicher unter uns, er wäre nicht ein Opfer Moskaus geworden, wie das tatsächlich der Fall ist. Eine schwere aufreibende Tätigkeit hat Däumig während der Kriegsjahre ausgeübt. Er gehörte zu denen, die vom ersten Tage des Kriegsausbruchs offen die Kriegspolitik des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei als eine schwere Schädigung der internationalen Arbeiterbewegung kennzeichnete und der als Redakteur des „Vorwärts" gerade wegen dieser Auffassung mit dem Vorstand in Fehde stand. Als Redakteur lag ihm schließlich die Beobachtung der Zensurvorschriften ob, und es war eine Riesenarbeit, unter so schwierigen Verhältnissen das Blatt den Berliner Arbeitern zu erhalten, bis der Konflikt mit dem Vorstand so groß wurde, daß ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich war. Als wir den „Vorwärts" verlassen hatten, machten wir uns daran, den Berliner Genossen ein wenn auch sehr bescheidenes Organ zu schaffen. Wir bauten unser „Mitteilungsblatt", das nur für Funktionäre erschien, zu einem politischen Wochenblatt aus. Es soll hier nicht geschildert werden, welche Kämpfe es mit dem Oberkommando gekostet hat, um nur eine Nummer herauszubringen. Das steht aber fest: unser „Mitteilungsblatt" wurde bald das Rückgrat für unsere Bewegung im ganzen Reiche. Wir hatten Dank der Arbeit unserer Genossen und Dank der aufopfernden Tätigkeit Däumigs bald eine Auflage von 40 000.

In den Händen Däumigs liefen auch die Fäden der illegalen Organisation zusammen, und wenn ein Mann in der Lage wäre, die Geschichte der Berliner Parteibewegung während des Krieges zu schreiben, so war Däumig der einzige, weil er von allen bemerkenswerten Vorgängen Kenntnis hatte und außerdem alles, auf das es ankam, sammelte. Daneben hat Däumig auch noch einige Zeit unserer Jugendbewegung gewidmet. Er war ein Arbeitspferd, wie es im Buche stand.

Wenn wir heute auf das Wirken Däumigs nochmals zurückkommen, so deshalb, weil wir trotz aller uns schwer schädigenden und nicht wieder gut zu machenden Irrtümer Däumigs seit Halle nicht vergessen wollen, was der Verstorbene auch Gutes und Vorbildliches für die Berliner Parteibewegung getan hat. Diese Arbeit, planmäßig fortgeführt, wäre für unsere Sache sehr wertvoll und sehr nötig gewesen. Hoffentlich springen andere in die Bresche und arbeiten in dem Sinne, in dem Däumig vor dem November 1918 gearbeitet hat. Rot tuts!

C. L.

Der Hauptausschuß des Städtetages

trat am 30. Juni und 1. Juli in Königsberg zur Beratung wichtiger Tagesfragen zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die nächsten Aufgaben der städtischen Fürsorge. Die Referenten Dr. Polligkeit und Stadtrat Heimerich entwickelten sehr interessante und für manchen Besucher neue Probleme der Wohlfahrtspflege.

Die Zahl der Unterstützten wird im Reich auf 10 Millionen geschätzt. Immer größer wird die Zahl der Rentner und Halberwerbsfähigen, die mit in diesen Kreis gezogen werden. Unser Wirtschaftsstand sinkt beständig. Das Wesentliche ist, unsere Arbeitskraft zu erhalten. Der Egoismus, welcher heute eine so große Rolle spielt, muß fallen, an seine Stelle muß die kollektive Verantwortung treten. In den Vordergrund muß Jugend- und Gesundheitsfürsorge gestellt werden.

Während früher die Wohlfahrtspflege immer nur von bestimmten Kreisen propagiert wurde, sind ihre Forderungen nach der Revolution Allgemeingut geworden. Leider sind die Gemeinden nicht in der Lage, genügend Mittel zur Durchführung auch nur der dringendsten Maßnahmen bereitzustellen. Das Reich muß die nötigen Summen hergeben, doch darf es in seinen Bestimmungen nur den Rahmen für die Verwendung geben.

Der Geist der Fürsorge hat durch die Kostgängerei beim Reich entschieden gelitten. Am klarsten zeigt sich diese Wirkung bei der Kriegsfürsorge. So führt z. B. die Gleichmacherei dazu, daß der kriegsbeschädigte Bauer ebensoviel Rente erhält wie der arme Städter. Für den einen bedeutet die Rente eine willkommene Nebeneinnahme, die aufgespart wird, während der andere sein Leben damit fristen muß. Beispiele derart ließen sich aber auch unter der städtischen Bevölkerung anführen. Die Gemeinden müssen nach eigener Erfahrung arbeiten können. Sie haben während des Krieges eine gute Schulung in der Fürsorge erworben.

Um Kosten in der Verwaltung zu ersparen, sollte die Organisation möglichst einheitlich gestaltet werden. Empfohlen wurde dringend die starke Heranziehung aller Bevölkerungskreise zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

Interessant war die Mitteilung, daß neben dem Versagen mancher bürgerlichen Einrichtungen das Entstehen von Arbeiterhilfsgründungen zu verzeichnen ist.

Die Aussprache bewegte sich im Sinne der Ausführungen. Die Wichtigkeit der erörterten Fragen unterstrich der Städtetag durch Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Wohlfahrt.

Ueber das Hilfswerk der Landwirtschaft sprach Prof. Dude, der Sachverständige der Großagrarier. Eingangs stellte der Herr fest, daß uns durch den Ausgang des Krieges 16 Proz. der Anbaufläche für Brotgetreide, 20 Proz. der Kartoffelanbaufläche und 12 bis 14 Proz. der Landbevölkerung verlorengegangen sind. Von der Industriebevölkerung, dem Pulversaft, wie der Herr geschmackvoll sich ausdrückte, sind uns nur 6 Proz. genommen worden. Die Ausführungen gipfelten, neben fachlichen Mitteilungen über intensivere Bewirtschaftung, in der Forderung nach genügenden billigen künstlichen Düngemitteln. Hierbei ist die Hilfe der Städte erwünscht. Man will jetzt wieder mehr Land unter den Pflug nehmen, um die Städte besser versorgen zu können. In der Debatte wurde dann festgestellt, daß nach den Ausführungen des Referenten von einem Hilfswerk der Landwirtschaft für die städtische Bevölkerung nicht gut gesprochen werden kann, sondern die Agrarier auch hier ihre Interessen in den Vordergrund stellen.

Ueber Steuerfragen sprach Oberbürgermeister Rietzlaff. Es war das nun schon alte Lied der Unsicherheit der städtischen Finanzen. Noch heute weiß kein Mensch, wieviel und wann endlich das Reich bzw. der Staat den Gemeinden Mittel zur Verfügung stellen wird. Es ist bisher eine Rätselfrage, ob 60 Proz. oder 75 Proz. der Steuereingänge wieder ausgeschüttet und nach welchem Schlüssel dieselben verteilt werden. Inzwischen werden aber den Gemeinden immer neue soziale Aufgaben vom Reiche zur Ausführung überwiesen. Die Regelung der Beamten- und Angestelltengehälter bestimmt das Reich und kümmert sich den Teufel um die leeren Kassen der Städte. Die Regierung müßte sich endlich klar darüber werden, daß es so nicht weitergeht. Der Augenblick dürfte nicht fern sein, an dem die Städte erklären müssen, sie können nicht weiter. So fand denn auch der Vorsitzende, Oberbürgermeister Böß, scharfe Worte gegen diese Art der Geschäftshandhabung. Der kommunistische Stadtverordnete Dörr stimmte den Ausführungen zu, und aus allen Teilen des Reichs wurden dieselben Klagen laut.

Den Schluß der Tagung bildeten Erörterungen über die Elektrizitätswirtschaft der Städte.

Was Gott zusammengefügt . . .

Wie leicht man in höheren Kreisen geschieden werden kann.

Die Sozialdemokratie ist schon immer für eine Aenderung der Ehescheidungsparagraphen eingetreten. Sie betrachtet es als unmoralisch, daß für zwei Menschen, deren geistige und seelische Scheidung bereits vollzogen ist, die sich gegenseitig absolut nicht mehr verstehen können, nicht die Scheidung ausgesprochen werden kann. Die Folgen sind vollständige Zerrüttung der Familie, häßliche Auftritte oder gar Ehedramen. Unter solchen trüben Familienverhältnissen leiden naturgemäß in außerordentlicher Weise die Kinder, denn erfahrungsgemäß geht es bei den ehelichen Auseinandersetzungen weder ruhig zu, noch wird aus dem Herzen eine Mördergrube gemacht. Häßliche und häßlichste Schimpfworte schwirren wie Granaten während eines Trommelfeuers zur Zeit des Stahlbades.

Die Reform dieses Gesetzesparagraphen wurde dem Bürgertum bisher vereitelt. Die „Ehe ist ein Sakrament", „Was Gott zusammengefügt, das darf der Mensch nicht bereuen" und ähnliche Phrasen mußten herhalten zur Begründung der Ablehnung der geforderten Reform. Wie es mit der Heiligkeit der bürgerlichen Ehen aussieht, dafür ein Beweis aus einer amerikanischen Zeitung. Sonderbarerweise brachten deutsche Zeitungen diese Meldung nicht. Sie lautet:

„Oberst Tschirschky, früherer preußischer Offizier, erlangte heute in Potsdam ein Scheidungsurteil gegen seine Frau mit der Begründung, daß diese seit der Revolution einen so **ausgesprochen republikanischen Geist entwickelt habe, daß es für einen höheren Offizier unmöglich sei, weiter mit ihr zu leben.**"

Es besteht die „Heiligkeit" vollständig zerrütteter Ehen diesem Urteil nach nur für den Plebs, für den allein bekanntlich auch die Heiligkeit der Leibesfrucht besteht.

Das Eisenbahn-Unglück auf dem Nordring

Die wahren Schuldigen

Die Schuld an dem Eisenbahnunglück Gesundbrunnen-Schönhauser Allee am 27. 6. 22 trifft nicht den Arbeiter, der seine Latten nicht ganz in den Bahnwagen hineinziehen, nicht den Fahrgast, der die Abteiltür nicht ganz schließen, auch nicht den Fahrdienstleiter, der das nicht verhindern, noch den Lokomotivführer, der nicht halten konnte, die Schuld trägt die Eisenbahndirektion Berlin. Die trostlosen Verhältnisse auf Bahnhof Gesundbrunnen, die nirgends ihresgleichen finden, kennt die Behörde seit Jahren. Zwischen 12 und 1 Uhr des Unglückstages mußte die Direktion einen Riesenandrang erwarten. Durch den angeblich angeordneten Sonnabend-Verkehr wurde die schwache Werktags-Zugzahl ab Gesundbrunnen in Richtung Schönhauser Allee verstärkt: in der Zeit zwischen 12 und 1 Uhr um keinen Zug!, in der Zeit zwischen 1 und 2 Uhr um einen Zug! Wieviel Reservezüge in diesen beiden Stunden auf dieser Strecke in fraglicher Richtung abgelassen sind, ist unbekannt. Soviel steht fest, daß die Vorortzüge nicht vermehrt wurden. Auf dem Stettiner Bahnhof wurden die nach Bernau stündlich nur einmal abgehenden Vorortzüge bereits überfüllt abgelassen. In Gesundbrunnen warteten noch viel größere Massen. Wen trifft da die Schuld, wenn die Reisenden jeden nur möglichen Platz suchten? Glaubt man am Schöneberger Ufer wirklich, seine ganze Pflicht erfüllt zu haben, wenn man Beamte und Publikum mit papiernen Warnungen und Verboten drangsaliert! Wenn man vom Potsdamer Bahnhof werktäglich um 3.05, 3.10, 3.15, 3.20, 3.25, 3.30, 3.40, 3.50 und 4.00 (zwei Züge!) in Richtung Wannsee-Neubabelsberg, dabei noch fünf „durchfahrende Vorortzüge", abfahren kann (also neun Züge in einer Stunde!), lernt man so etwas natürlich nicht kennen. Hätten die Züge in Gesundbrunnen angefangen, so daß sich das Publikum in Ruhe verteilen konnte, wäre das Unglück nicht passiert! Das ist die Ueberzeugung aller Fahrgäste. Die Eisenbahndirektion kümmert sich nicht darum. Die neuen Eisenbahn-Beiräte (Reichs-Gesetzblatt 1922, Teil II, Seite 77) haben nichts zu bestimmen, aber auch rein gar nichts. Eisenbahn-Aufsichtsräte aus wirklichen Benutzern der Eisenbahn gibt es nicht. Muß erst noch ein größeres Unglück kommen, ehe die Verwaltung zu der Einsicht kommt, daß sie mit ihren Fahrgästen zusammenarbeiten, nicht gegen sie arbeiten muß? Daß sie die Verhältnisse auf Bahnhof Gesundbrunnen wenigstens annähernd denen auf dem Potsdamer Bahnhof gleich macht?

Preßkohlen ab 1. August über 110 Mark!

Durch Säulenanschlag hatte die Kohlenverteilungsstelle bekanntgemacht, daß der neue Kohlenpreis von 81,30 M. pro Zentner nur bis Ende Juli laufe. Mit einer weiteren Erhöhung war also sicher zu rechnen. Wie wir erfahren, soll diese Erhöhung vom 1. August ab nicht weniger als 40 Prozent des gegenwärtigen Preises betragen. Wenn das in solchem Schnelltempo weitergeht, kostet bei Beginn des Winters jede Preßkohle drei Mark. Nun muß aber sehr energisch verlangt werden, daß bis Ende Juli sämtliche eingeschriebenen Kunden in den Besitz der freigegebenen Kohlenmenge gelangen.

Erst das Geld, dann die Ware!

Früher war es durchweg umgekehrt. Ein Geschäftsmann, der erst das Geld verlangte und dann gnädigst Ware abgeben wollte, hätte bald den Laden schließen können. Jetzt macht sich in Kleinhändlerkreisen das Bestreben geltend, ähnlich wie im Warenhause und bei Wirtschaftsstellen der Gemeinden, wo aber die geschäftliche Organisation eine ganz andere ist, erst das Geld zu verlangen. Die Händler begründen das damit, daß bei stärkerem Geschäftsverkehr nicht gerade selten Käuferinnen den Laden mit der Ware verlassen, ohne bezahlt zu haben. Solche vereinzelten Betrügereien dürfen doch aber nicht dazu berechtigen, der gesamten Kundschaft ein beleidigendes Mißtrauen zu zeigen. Im eigenen Interesse werden die einzelnen Händler gut tun, derartige Bevormundungen zu unterlassen. Sonst geht man eben zum Konkurrenten, der keine lächerlichen Neuerungen einführt und besser aufpaßt.

Oeffentliche Gesangskonzerte

Der Sänger-Chor „Vorwärts Süd-Ost" (M. d. DASB.) veranstaltet am Donnerstag, den 13. Juli, abends von 8—9 Uhr im Treptower Park (Spielwiese Erfrischungshalle) ein öffentliches Gesangskonzert.

Am Freitag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, gibt der Männerchor **„Fichte-Georgina"** im Friedrichshain, Spielplatz am Teich, ein öffentliches Volkskonzert.

Die städtischen Volks-Konzerte des Blüthner-Orchesters im Monat Juli finden statt: Germania Prachtsäle, Chausseestraße 110/11: 1. Juli, Oberschöneweide. Mörners Blumengarten: 3. Juli. Blüthner-Saal, Lützowstraße 76: 7. und 26. Juli. Pankow, Bürgerpark: 5. und 29. Juli. Brauerei Königstadt, Schönhauser-Allee 10/11: 24. Juli. „Orpheum" (vorm. Etabl. Happoldt), Hasenheide 32/38: 25. Juli. Reinickendorf-Ost, Hubertussäle: 28. Juli. Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23: 31. Juli (Wagnerabend) Karten bei Horsch, Engelufer 15, Gesche, Dunkerstraße 3, Vorwärts Lindenstraße 2, Orchesterbüro Lützowstraße 76, in den betr. Konzertsälen und an der Abendkasse.

Das neue Fernsprechamt 9 mit der Vermittlungsstelle „Dönhoff", das sich in der Feilnerstraße befindet und hauptsächlich der Entlastung der Aemter „Zentrum" und „Moritzplatz" dienen soll, soll am Sonntag, den 16. Juli, in Betrieb genommen werden.

Die Ferienspiele im Verwaltungsbezirk Neukölln haben am Montag, den 10. Juli begonnen. Meldungen werden auch jetzt noch entgegengenommen. Diejenigen Kinder, welche sich an den Ferienspielen beteiligen wollen, melden sich um 7½ Uhr vormittags auf einem der nachstehend aufgeführten Sammelplätze: Emserstraße Ecke Bergstraße, Warthestraße Ecke Hermannstraße, Boddinplatz, Hertzbergplatz, am Bahnhof Köllnische Heide, Britz (Buschkrug).

Eine teure „Bierreise" machte eine Frau aus der Eisenacher Straße. Sie trank zunächst in heiterer Gesellschaft und dann allein so viel, daß ihr ernstlich bangte, als sie zur Nachtzeit den Heimweg antrat. In diesem Zustande war sie froh, daß eine junge „Dame" ihr Hilfe anbot, sie nach Hause begleitete, dort entkleidete und zu Bett brachte. Um so peinlicher war am nächsten Morgen das Erwachen und die Ernüchterung. Die freundliche Helferin hatte ihr Kleidungsstücke, Brillantringe und andere Schmucksachen, alles in allem für 120 000 Mark gestohlen und war spurlos verschwunden. Die Dienststelle B I 16 der Kriminalpolizei, die die Diebin jetzt sucht, vermutet, daß sie ein Straßenmädchen ist. Sie ist etwa 20 bis 25 Jahre alt und 1,68 bis 1,70 Meter groß, hat blondes Haar, ein blasses, längliches Gesicht und ein angenehmes Organ und trug ein dunkelblaues Seidenkleid mit weißen Knöpfen und einen dunkelblauen Hut. — Die gleiche Dienststelle beschäftigt sich mit einem auch nicht minder so ganz lustspielgen Abenteuer eines Viehhändlers aus der Provinz. Dem Manne wurde auf dem Stettiner Bahnhof, wo er mitten in der Nacht eingeschlafen war, die Brieftasche mit einigen 100 M. und wichtigen Papieren gestohlen. Als er sich nach dem Erwachen auf dem Bahnhof umsah, näherten sich ihm zwei freundliche Männer und fragten ihn teilnehmend, ob ihm etwas fehle. Er erzählte ihnen sein Mißgeschick. Die Männer erklärten, den Dieb kennten sie schon, und wenn er sich ihnen anvertrauen wolle, so werde der Bestohlene bald wieder zu seinem Eigentum kommen. Unverzüglich wanderte der Bestohlene mit den Helfern nach dem Humboldthain. Diese weckten in der Brunnenstraße rasch noch einen Schankwirt, um sich etwas zu stärken. Dann bestieg man eine Droschke, um die Verfolgung des Diebes aufzunehmen. Plötzlich verlangte der Kutscher unterwegs das Fahrgeld. Als der Viehhändler darauf aufmerksam machte, daß er ja einen Taxameter habe, der den Preis am Ende der Fahrt anzeige, mußten alle aussteigen. Jetzt griff einer der Helfer dem Viehhändler blitzschnell in die innere Westentasche, riß ihm ein Paket mit 131 000 M. heraus und alle verschwanden. Der Bestohlene hat auf die Wiederbeschaffung des Geldes eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt.

Gewerkschaftliches

Neue Löhne der Berliner Holzarbeiter

Vom Deutschen Holzarbeiterverband wird uns geschrieben:

Infolge des Nichterscheinens der Gewerkschaftspresse war es uns leider nicht möglich, den Kollegen durch unser Mitteilungsblatt die zurzeit neuabgeschlossenen Tarife verschiedener Branchen zur Kenntnis zu bringen. Wir können uns leider nur darauf beschränken, die Hauptlöhne der einzelnen Industriegruppen anzugeben, und ersuchen die Kollegen, auf Grund dieser Mitteilung die Nachzahlung von ihrem Arbeitgeber einzufordern. Bei Nichtbewilligung oder bei Schwierigkeiten ersuchen wir, das Bureau sofort in Kenntnis zu setzen.

Für die allgemeine Holzindustrie sind mit den vereinigten Verbänden folgende Löhne abgeschlossen:

Facharbeiter über 22 Jahre ab 1. 7.—31. 7. 1922	33,05 M.
Facharbeiter über 22 Jahre ab 1. 8.—15. 8. 1922	36,40 „
Hilfsarbeiter über 22 Jahre ab 1. 7.—31. 7. 1922	28,20 „
Hilfsarbeiter über 22 Jahre ab 1. 8.—15. 8. 1922	31,05 „
Facharbeiterinnen über 22 J. ab 1. 7.—31. 7. 1922	21,85 „
Facharbeiterinnen über 22 J. ab 1. 8.—15. 8. 1922	24,05 „
Hilfsarbeiterinnen über 22 J. ab 1. 7.—31. 7. 1922	18,— „
Hilfsarbeiterinnen über 22 J. ab 1. 8.—15. 8. 1922	19,85 „

In der Rahmen- und Goldleistenindustrie gelten vom 1. bis 31. Juli folgende Lohnsätze:

Facharbeiter über 22 Jahre	30,— M.
Facharbeiterinnen über 22 Jahre	21,25 „
Angelernte Arbeiter über 22 Jahre	26,90 „
Angelernte Arbeiterinnen über 22 Jahre	18,75 „
Hilfsarbeiter über 22 Jahre	23,45 „
Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre	15,95 „

Für die Arbeitnehmer der gesamten Musikinstrumentenindustrie werden folgende Teuerungszulagen für den Monat Juli in zwei Raten gezahlt:

Männliche Facharbeiter über 20 Jahre, verheiratet oder verwitwet mit Kindern	1000,— M.
Männliche Facharbeiter über 20 Jahre, unverheiratet	900,— „
Männliche Hilfsarbeiter über 20 Jahre, verheiratet oder verwitwet mit Kindern	800,— „
Männliche Hilfsarbeiter über 20 Jahre, unverheiratet	700,— „
Männliche Facharbeiter von 18 bis 20 Jahren	700,— „
Männliche Hilfsarbeiter von 18 bis 20 Jahren	600,— „
Weibl. Fach- u. Hilfsarbeiter v. 18 bis 20 Jahren	600,— „
Männliche u. Weibliche im Alter v. 16 bis 18 J.	400,— „
Männliche u. Weibliche im Alter von 14 bis 16 Jahren sowie Lehrlinge	250,— „

Die Tariflöhne für die Klavier-, Klaviatur- und Mechanikbranche betragen ab 1. August:

für Facharbeiter über 20 Jahre	37,40 M.
für Hilfsarbeiter über 18 Jahre	30,95 „
für Facharbeiterinnen über 18 Jahre	26,— „
für Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre	23,75 „

Für die pneumatische Branche gelten folgende Löhne:

für Facharbeiter in allen Altersklassen	40,40 M.
für Hilfsarbeiter über 18 Jahre	34,40 „
für Arbeiterinnen über 18 Jahre	26,45 „
für männliche Jugendliche von 17 bis 18 Jahren	20,30 „
für weibliche Jugendliche von 17 bis 18 Jahren	16,55 „

Verbandstag der Fabrikarbeiter

Der Verbandstag wurde Montag, den 10. Juli im festlich geschmückten Saale des Volksbildungsheims durch den Verbandsvorsitzenden Brey-Hannover eröffnet. Es nehmen an ihm 194 Delegierte, 8 Vorstandsmitglieder, die Branchen- und Gauleiter sowie zahlreiche Gäste teil. Das internationale Sekretariat der Fabrikarbeiterverbände vertritt O'Grady-London. Außerdem haben die Bruderverbände von Belgien, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und Oesterreich Vertreter entsandt. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes ist durch Bruns-Berlin vertreten. Für den Verbandsausschuß ist Bruhns-Hamburg anwesend.

Verbandsvorsitzender Brey erinnerte in seiner Eröffnungsrede an die Schwere der Zeit, in der der Verbandstag tagt. Die Arbeiter seien aufgerufen zum Schutzdienst für die Republik und sie würden diese Verteidigung als eine heilige Sache betrachten. Dann folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste, die in herzlichen Worten die Glückwünsche ihrer Organisationen überbrachten.

Bei der Konstituierung des Verbandstags wurden Brey-Hannover, Fischer-Frankfurt a. M. und Schönfeld-Leipzig als Vorsitzende bestimmt.

Verbandstag der Kupferschmiede

Wie wir bereits berichteten, trat die 10. Generalversammlung der Kupferschmiede am 3. Juli in Kassel zusammen und tagte bis zum 7. d. Mts. Als Vertreter des Metallarbeiterverbandes war Genosse Dißmann-Stuttgart anwesend.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und Erledigung geschäftlicher Fragen erstattete Verbandsvorsitzender Hecht-Berlin den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er verwies auf den gedruckten Bericht und sagte ergänzend, der Vorstand habe nie die weltwirtschaftlichen Probleme aus dem Auge verloren. Die Bestrebungen, die

„Eiserne Internationale"

wieder aufleben zu lassen, seien vom Verband lebhaft unterstützt worden. Um aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen, müsse man nicht nur innerpolitisch, sondern auch international zusammenstehen. Hecht besprach dann den Reichstarif und ging hierauf auf die Verschmelzungsfrage, die den wichtigsten Beratungspunkt bildete, ein. Die Urabstimmung habe zwar den Anschluß an den Metallarbeiterverband abgelehnt, damit sei jedoch die Frage noch nicht erledigt. Durch die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses über die Schaffung von Industrieverbänden müsse sich der Verbandstag erneut mit der Frage beschäftigen. Der Redner betonte zum Schluß, der Vorstand habe sich in der Berichtszeit bemüht, die Organisation vorwärts zu treiben. (Beifall.)

In der Aussprache über den Geschäftsbericht nahm die Verschmelzungsfrage den breitesten Raum ein. Die Redner sprachen teils für, teils gegen eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Dißmann erläuterte in längerer Rede die **Notwendigkeit des Zusammenschlusses.** Die Leipziger Resolution solle keinen Zwang auf die Organisationen ausüben. In der Metallindustrie müsse aber Ordnung geschaffen werden. Es gehe heute nicht mehr an, daß dort eine Reihe Organisationen nebeneinander arbeiten.

Die Kräfte müssen konzentriert werden.

Dem Unternehmertum müsse eine geschlossene Organisation entgegengesetzt werden.

Nach sehr langen Erörterungen, die sich bis zum dritten Verhandlungstage hinzogen, nahm die Generalversammlung in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 16 Stimmen eine Entschließung an, in der sie die Bestrebungen des Vorstandes in bezug auf den Uebertritt zum Metallarbeiterverband als berechtigt anerkennt. Die Generalversammlung beschließt erneut, eine Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband anzustreben. Als Grundlage dieser Vereinigung sollen die Vereinbarungen gelten, die bereits im Jahre 1920 für die Verschmelzung vorgesehen waren. Die Generalversammlung empfiehlt den Verbandskollegen aufs dringendste, bei der vorzunehmenden Urabstimmung der Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband möglichst einmütig zuzustimmen. Sie beauftragt den Vorstand, vor der Urabstimmung eine sachliche Aufklärung über die Notwendigkeit dieser Vereinigung vorzunehmen und möglichst umgehend alle erforderlichen Schritte einzuleiten.

In der Diskussion über die Tätigkeit des Vorstandes wurde dieser im allgemeinen Anerkennung gezollt, Kritik aber an der Leitung des ADGB. geübt. Es wird von dieser ein klares Programm darüber verlangt, was sie durchführen will. Im Schlußwort betonte Hecht, daß die Kritik an dem ADGB. durchaus abwegig gewesen sei.

Eine ausführliche Behandlung fand die Lehrlings- und Jugendfrage. Die eingebrachten Richtlinien hierzu wurden einstimmig angenommen.

Bei der Statutenberatung wurde beschlossen, daß der tarifliche Durchschnittsstundenlohn aus 21 Filialen vierteljährlich vom Zentralvorstand als Verbandswochenbeitrag festgesetzt wird. Der Wochenbeitrag wurde mit sofortiger Wirkung auf 20 Mark für die Hauptkasse festgesetzt; die Unterstützungssätze wurden entsprechend erhöht.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen angestellten Funktionäre wiedergewählt. Sitz des Vorstands bleibt Berlin, Sitz des Ausschusses Dresden.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstags erledigt.

Zum Schutz der Republik

Beiratssitzung der Maschinisten und Heizer.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hatte zum 7. Juli seinen Verbandsbeirat zu einer Sitzung nach Berlin berufen, um Stellung zu nehmen zur neuen Situation, die durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig geschaffen wurde, durch die besonders die auf beruflicher Grundlage fußenden Gewerkschaften betroffen sind. In der Beiratssitzung konnte festgestellt werden, daß nach wie vor der Zentralverband der Maschinisten und Heizer eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen zu verzeichnen hat. Der Verband zählt jetzt ungefähr 106 000 Mitglieder. In einer regen Diskussion wurden die Verhältnisse bezüglich einer Neuformung der Gewerkschaftsbewegung gründlich durchgesprochen und eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich gegen jenen Beschluß wendet.

Bezüglich der politischen Kämpfe in der letzten Zeit konnte in der Beiratssitzung vom Verbandsvorstand bekanntgegeben werden, daß die Mitglieder des Maschinisten- und Heizerverbandes sich restlos an der Arbeitsruhe beteiligt haben. Infolge der Geschlossenheit der Organisation und der guten Disziplin wurde überall den Weisungen des Verbandsvorstandes, an der Arbeitsruhe teilzunehmen, Folge geleistet. Erst dadurch, daß die Maschinisten und Heizer in vielen Orten zu der betreffenden Stunde die Maschinen stillsetzten, waren so machtvolle Demonstrationen möglich.

Der Beirat faßte hierzu folgende Entschließung:

„Die politischen Vorkommnisse der letzten Zeit zeigen, daß die Erstarkung der Reaktion zu einer Gefahr für die Republik geführt hat. In Uebereinstimmung mit den Forderungen des ADGB. und den sozialistischen Parteien fordert der Verbandsbeirat die Mitglieder auf, gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft in den künftigen Kämpfen zum Schutze der Republik ihren Mann zu stellen. Soweit bisher Nachrichten vorliegen, haben die Mitglieder unseres Verbandes der Aufforderung des Vorstandes, sich restlos an der Arbeitsruhe zu beteiligen, ohne Ausnahme Folge geleistet. So muß es auch bleiben! Da unsere Mitglieder die Kraftquellen in der Hand haben, soll und darf sich kein Rad mehr drehen, wenn der ADGB. zum Kampfe aufruft oder irgendwelche Maßnahmen zum Schutze der Republik ergriffen werden müssen.

Der Verbandsvorstand und Beirat werden nach wie vor alles aufbieten, um die politische Kampffront durch geschlossene Betätigung unserer Mitglieder zu stärken und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Forderung des ADGB. zu unterstützen."

Buchbinder!

Für die Kollegenschaft der reinen Buchbindereien, Geschäftsbuchfabriken und Briefumschlagbetriebe findet die Auszahlung der Streikunterstützung am Freitag, den 14. 7. 1922 im Gewerkschaftshaus, Saal 3, wie folgt statt:

Streikkarten Nr. 201—299 von 8 bis 10 Uhr vorm., 501—799 von 8 bis 10 Uhr vorm., 1001—1099 von 8 bis 10 Uhr vorm., 1900—2100 von 10 bis 11½ Uhr vorm., 2101 bis 2300 von 11½ bis 1 Uhr nachm., 2301—2500 von 1 bis 2½ Uhr nachm., 4000—4200 von 2½ bis 4 Uhr nachm.

Technisches Bühnenpersonal für die Forderung des ADGB.

In einer Branchenversammlung des technischen Bühnenpersonals vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Sonntag, den 9. Juli 1922, im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung des technischen Bühnenpersonals ersieht aus der Arbeiterpresse, daß in den Verhandlungen betreffs der Erreichung der vom ADGB., SPD., USPD. und KPD. gemeinsam aufgestellten Mindestforderungen zwischen den Spitzenkörperschaften Uneinigkeiten entstanden sind. Diese Uneinigkeiten sind natürlich Wasser auf die Mühlen der Reaktion.

Die Versammelten erwarten von den Spitzenkörperschaften, daß alle persönlichen Meinungen der Führer beiseite stehen müssen und jeder seine ganze Kraft restlos einsetzen muß, um die aufgestellten Mindestforderungen restlos zur Durchführung zu bringen. Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!"

Metallarbeiter: In der Nr. 307 der „Roten Fahne" ist ein Aufruf der Kommunistischen Gewerkschaftszentrale veröffentlicht, der die Mitglieder unserer Organisation zu Mitgliederversammlungen aufruft. Wir möchten hiermit unsere Mitglieder noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Mitglieder-Versammlungen irgend welcher Art nur von den Organen der Organisation einberufen werden können. Jedes Einberufen von Versammlungen von einer anderen der Gesamtorganisation nicht verantwortlichen Stelle verstößt gegen das Statut, gegen die Beschlüsse des erweiterten Beirats, sowie der letzten Verbandsgeneralversammlung.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Metallarbeiter! Am Freitag, den 14. Juli 1922, nachmittags 4½ Uhr, findet eine Versammlung der Marienfelder und Mariendorfer Betriebe im Lokal von Strippke, Mariendorf, Großbeerenstr. 79/81 statt. Tagesordnung: Stellung zur Wahl des Bevollmächtigten. Das Erscheinen aller organisierten Metallarbeiter ist Pflicht.

Neuer Lohntarif für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel! Nach wochenlangen Verhandlungen ist der Lohntarif für die Monate Juni und Juli für die Handelshilfsarbeiter abgeschlossen. Die gedruckten Tarifverträge sind im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Engelufer 24/25, II Tr., Zimmer 31, zum Preise von 1 Mark unter Vorlegung des Mitgliedsbuches zu haben.

Neue Löhne im Fuhrgewerbe. Die Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher aus den gewerblichen Fuhrbetrieben Berlins beschäftigten sich in einer am 30. Juni in den Residenzfestsälen stattgefundenen gut besuchten Versammlung mit dem Lohnangebot der Fuhrherren-Innung. John, der über die gepflogene Verhandlung berichtete, gab bekannt, daß die erzielten Lohnerhöhungen mit Wirkung ab 1. Juli sich von 155 Mk. bis 300 Mk. wöchentlich auf die bisherigen Löhne belaufen. Redner empfahl die Annahme des Angebots, dem zugestimmt wurde. Das neue Lohnabkommen kann gegen Vorzeigung des Verbandsbuches im Bureau des Transportarbeiterverbandes, Engelufer 24/25 (Gewerkschaftshaus), Aufgang B, parterre, Zimmer 3, entgegengenommen werden.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband! Ab 1. Juli 1922 kommen auf die Zeitlöhne vom 15. Mai 25 Prozent, auf die Stücklöhne ab 3. Juli gleichfalls 25 Prozent, das sind auf den Grundlohn 1150 Prozent Zuschlag. Stücklohnbügler erhalten ebenfalls 25 Prozent Zuschlag, das sind 120 Prozent auf den Tarif für Stückbügler (abgeschlossen am 6. Februar 1922), geltend ab 3. Juli 1922.

Verbindlichkeitserklärung. Der zwischen dem Verein der Lichtspieltheater-Besitzer Groß-Berlin und Provinz Brandenburg E. V. und dem Wirtschaftsbund deutscher Filmtheater E. V. Landesgruppe Berlin und Provinz Brandenburg einerseits und dem Deutschen Musiker-Verband, Ortsverwaltung Berlin, andererseits abgeschlossene Tarifvertrag ist mit Wirkung vom 1. Januar 1922 unter dem Aktenzeichen VI 1106/37 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 13. Juli

Weißensee. Bildungskommission und Ergänzungsmitglieder! Abends 8 Uhr Sitzung bei Neumann, Ecke Rollestraße und Charlottenburger Straße. **Neukölln-Brix.** Sitzung der Geschäftsleitung abends 7 Uhr im Parteibüro. **Siemens-Konzern.** Sämtliche USP.-Genossen und USP.-Genossinnen haben im Lokal von Lange, Nonnendammallee, Ecke Reisstraße, zu erscheinen. Wichtige Sitzung. — Der Fraktionsvorstand.

Freitag, den 14. Juli

5. Verwaltungsbezirk, Friedrichshain, Kinderschutzkommission. Die Ferienspiele der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde beginnen heute 2 Uhr Treptower Park. Die teilnehmenden Kinder treffen sich pünktlich 1 Uhr zum gemeinsamen Abmarsch auf den drei Sammelplätzen Andreasplatz, Boltenplatz und Rudolfplatz. Trinkbecher mitbringen. Für Erfrischung wird gesorgt.

20. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Sitzung der Bildungskommission bei Liet, Naunynstr. 9.

Charlottenburg. Sitzung der kommunalen Kommission, der Bürgerdeputierten, Bezirksverordneten und aller Genossen, die sich für die kommunalpolitischen Angelegenheiten interessieren, im Rathause, Sitzungszimmer 1.

Sektion Post und Telegraphie. 8 Uhr abends wichtige Funktionärversammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9.

Vereinskalender

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Karten für das Drama: „Die Maschinenstürmer" von Ernst Toller, zur Abendvorstellung am Sonntag, den 16. Juli, sind für unsere Mitglieder im Verbandshaus, Ringestraße 36, Bureau 4, zu haben. (Preis 16 M. inkl. Garderobe.)

Arbeiter-Mandolinenklub, Köpenick. Mitglied des Arbeiter-Mandolinenbundes. Wir weisen die Arbeiter auf den am Orte bestehenden Arbeiter-Mandolinenverein hin und bitten die Genossen, [illegible] in unserem Kampfe gegen die bürgerlichen oder wilden Vereine zu unterstützen. Uebungsstunde Freitags abends 7½ Uhr bei Bewart, Rudower Straße 28. Aufnahmen von Mandolinen- und Gitarrespielern mit Notenkenntnissen. [illegible] aus den bürgerlichen und wilden Mandolinenvereinen, [illegible] in den Arbeiter-Mandolinenverein.

Donnerstag, den 13. Juli

Asa-Mitglieder in Kunst- und Bauschlossereien! Abends 5 Uhr in der Schulaula Boltzerstraße Versammlung. — Asa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter aus allen Betrieben der Lederwirtschaft. Abends 7 Uhr im „Englischen Hof", Alexanderstraße 27b, Branchenversammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 1. Branche 7, Gruppe Briefumschlag- und Kartonnagenbetriebe. Abends 5 Uhr wichtige Gruppenversammlung im Lokal von Grosser, Michaelkirchstraße 29 a. — Gruppen: Chemischer Großhandel und Verbandsstoffe. Abends 7 Uhr Gruppenversammlung in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstraße 32. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen und Beschlußfassung. — Branche 3 b (Gruppe Allmeiall). Abends 6 Uhr bei Heyland, Melchiorstraße 15: Gruppenversammlung. Stellungnahme zur Lohnforderung. — Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter und -arbeiterinnen. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 5: Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung aller in den obengenannten Betrieben Beschäftigten. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Was verlangt die Arbeiterklasse von der Kunst?" 2. Branchenangelegenheiten. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Funktionäre dringend erforderlich. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und vorzuzeigen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Beim Besuch der Versammlung bitten wir, die Kuverts am Saaleingang zurückzugeben.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4, außerordentliche Generalversammlung. Bericht von dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung in Böters Festsälen, Wederstraße 17. Tagesordnung: Bericht vom Leipziger Gewerkschaftskongreß und die Stellungnahme unserer Organisation." In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es erforderlich, daß jeder Kollege zu dieser Versammlung erscheint.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Lichtenberg, Zur Hütte, Frankfurter Allee 226, abends 7½ Uhr. — Neukölln, Oswald Berliner, Brunnenstraße 140, 7 Uhr. — Ostend, Hochbahnrestaurant, Stralauer Allee 48, 7½ Uhr. — Reinickendorf, Bürgerheim, Provinzstraße 84, 7½ Uhr. — Südwest, Göbels Restaurant, Tempelhofer Ufer 6, 7½ Uhr.

Zentralverband der Schuhmacher. Branchenversammlung der Friedrichstädtischen Mohnbranche abends 7 Uhr in Willes Festsälen, Sebastianstraße 39.

Freitag, den 14. Juli

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Norden III, Kest, Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestraße, 7½ Uhr. — Siemensstadt, Schloßklause, Rennedamm-Allee, 7½ Uhr. — Fachgruppenversammlung Steinmetztechniker, Geschäftsstelle des Bundes, Werftstraße 7, abends 7½ Uhr.

Maler! Vormittags 9 Uhr, Streikversammlung in der Brauerei Friedrichshain. Tagesordnung: Berichterstattung von den zentralen Verhandlungen und Abstimmung über Arbeitsaufnahme oder Weiterführung des Streiks. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, auch der arbeitenden, an dieser Versammlung teilzunehmen. — Die Streikleitung.

Sonnabend, den 13. Juli

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln. In den Gesamträumen des „Orpheums", vormals Happold, Berlin, Hasenheide 54/57, Sommerfest zum Besten des Wohlfahrtsfonds.

Arbeitersport

Ausschreibung!

Die 22. Männer-Abteilung des Turnvereins Fichte veranstaltet am 13. August auf dem Sportplatz in Hohenschönhausen ein großes Sportmeeting, verbunden mit einem Straßen-Propaganda-Lauf über 4,4 Kilometer, hierzu sind 12 Läufer zu stellen, 800, 600, 3 × 400, 4 × 300, 3 × 200 Meter; Ziel im Innenraum, wo noch eine Runde zu laufen ist. Stafetten für Knaben und Mädchen 10 × 100 Meter, für Frauen 4 × 100 Meter. Einzellauf für Männer 3000 Meter, für Jugendliche 1000 Meter. Raffball Jugendliche Nowawes—Hohenschönhausen. Fußball 1. und 2. Mannschaft Stralau—Fichte-Ost. Start 3 Uhr Umkleidelokal Berliner Straße 85 im Restaurant „Sports-Heim". Meldeschluß 1. August. Zahlreiche Beteiligung wird gewünscht und erwartet.

Anschrift H. Stanislaus, Berlin-Hohenschönhausen, Berliner Straße 72 a II r.

Turn- und Sportverein „Fichte", Berlin. Abrechnung aller Kassierer, Geschäftsstelle 5—8 Uhr am Donnerstag, den 13. Juli. — Freitag, den 14. Juli: Hauptprobe sämtlicher Teilnehmer zum Bundesfest, anschließend wichtige Besprechung, abends ½7 Uhr Turnplatz Treptow. — Versammlung der 7. Männerabteilung bei Reinke, Grünauer Straße 17, abends 8 Uhr. — Montag, den 17. Juli: Sitzung der Verwaltungskommission aus Anlaß des Bundesfestes, Zeichensaal, Weinmeisterstraße 16/17, abends 7 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.